

Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

THEMA JUGEND

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

■■■■■ DEMOKRATIE (ER)LEBEN



**Gesellschaft gestalten
und mitverantworten**

**Projekte für mehr
Partizipation und
Miteinander**

**Demokratie durch
Vielfalt und Offenheit**



INHALT

THEMA

Kinderrechte

Eine Grundlage für die Bildung und Erziehung zur Demokratie
Hans Berkessel 3

Religiöse Vielfalt

Diversitätsbewusstsein als Grundlage für Demokratiebewusstsein
Regina Laudage-Kleeberg / Katarzyna Paczynka-Werner 5

Gemeinschaft - Action – Anerkennung

Was motiviert Jugendliche, gegen die Demokratie zu denken und zu handeln?
Thomas Pfeiffer 8

Projekte für Demokratie, Toleranz und Gemeinschaft

openTransfer #Ankommen – Berlin-Expedition
Ilka Brambrink 10

Schülerhaushalt – Ein Weg zu mehr Beteiligung der Schülerinnen und Schüler in Dortmund
Friederike Bartmann 12

Enter deine Rechte! – Projekt der Stadt Monheim
Friederike Bartmann 12

Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung
Nora Fritzsche 13

Fakt oder Fake - Informationskompetenz als Bedingung gelingender Demokratie

Stefanie Rack 13

Demokratielernen und Jugend - Beispiele aus dem Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“

Wolfgang Beutel / Maximilian Bubinger / Mario Förster 15

MATERIAL ZUM THEMA

 19

KOMMENTAR

Die fünfte Gewalt

Markus Lahrmann 20

BÜCHER & ARBEITSHILFEN

Yvonne Oeffling / AMYNA e.V. (Hg.): Gar nicht so schwer!?

Aspekte der Prävention sexueller Gewalt in Themenfeldern der Jugendarbeit
Rezension von Gesa Bertels 21

KIM-Studie 2016

Studienreihe 21

15. Kinder- und Jugendbericht

Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland 21

Migration – Flucht – Integration

Kritische Politikbegleitung von der ‚Gastarbeiterfrage‘ bis zur ‚Flüchtlingskrise‘ 22

Jugendliche im Stress

Was Eltern wissen sollten 22

INFORMATIONEN

 22

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Demokratie steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe von **THEMA JUGEND**. Nachdem die letzten zwei Jahre geprägt waren von besonderen Herausforderungen im Zuge der Zuwanderung vieler geflüchteter Menschen, haben wir nun die Möglichkeit, die uns gegebenen Chancen zu nutzen. Daher liegt mir, als pädagogische Referentin mit dem Schwerpunkt Junge Geflüchtete, diese Ausgabe von **THEMA JUGEND** besonders am Herzen. Unsere Gesellschaft wird vielfältiger, und bei dieser Vielfalt im interkulturellen und interreligiösen Bereich ist eine gelebte Demokratie für alle ein wichtiger Bestandteil eines gut funktionierenden Miteinanders. Demokratie für alle - das heißt auch, junge Menschen in Schule und Jugendarbeit früh partizipieren zu lassen, ebenso zugewanderte Menschen demokratisch zu beteiligen, wo immer es möglich ist: eben gemeinsam Demokratie (er-)leben.

Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe widmen sich den vielfältigen Aspekten von Demokratie und deren Chancen und den Risiken, sie ungenutzt zu lassen. So stellt Hans Berkessel das Modellprojekt „Demokratie lernen & leben“ vor, an welchem sich 100 Schulen aus ganz Deutschland beteiligt haben. Ein Schwerpunkt liegt hier auf der Verwirklichung der Kinderrechte. Regina Laudage-Kleeberg und Katarzyna Paczynska-Werner befassen sich in ihrem Beitrag mit dem Diversitätsbewusstsein als wichtige Grundlage für Demokratiebewusstsein. Thomas Pfeiffer nimmt antidemokratische Strukturen in den Blick, insbesondere den Rechtsextremismus, und beschreibt die Demokratie als wichtigstes Mittel für die Präventionsarbeit. Weiterhin finden Sie in dieser **THEMA JUGEND** eine Vielzahl an Projekten und Förderprogrammen beschrieben, beispielsweise das Projekt „Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“ oder das „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Stefanie Rack beschäftigt sich in ihrem Artikel mit Informationskompetenz und Quellenkritik, die insbesondere für junge Menschen bei der Informationsflut im Internet wichtig zu erlernen ist, auch um antidemokratischen Haltungen entgegenzuwirken. Schließlich zeigen Wolfgang Beutel, Maximilian Bubinger und Mario Förster Möglichkeiten auf, Demokratie durch Jugend mitzugestalten.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Meinungen, Rückmeldungen und Fragen zum Heft.

Mit herzlichen Grüßen im Namen der Redaktion

Ilka Brambrink

Hans Berkessel

Kinderrechte

Eine Grundlage für die Bildung und Erziehung zur Demokratie

Im Alltag von Schulen und pädagogischen Einrichtungen sind die grundlegenden Menschenrechte der Kinder und Jugendlichen zu achten und die Bereitschaft und Fähigkeit zum demokratischen Zusammenleben zu fördern. Wie dieses gerade in der Schule gelingen kann, erklärt Hans Berkessel unter anderem am Modellprojekt „Demokratie lernen & leben“.

► *„Wir müssten das Leben in den Schulen – stärker als das bisher der Fall ist – auf eine demokratische Lebensform umstellen, in der Kinder nachhaltige Erfahrungen mit einer demokratischen Lebensweise in einer demokratischen Schulkultur machen. Wir müssten ihnen demokratische Handlungskompetenz vermitteln, die sie wie selbstverständlich im zivilgesellschaftlichen Umgang zur Geltung bringen können, und einen demokratischen Habitus, der ihre Sensibilität und ihre Handlungsweisen auch nach Abschluss der Schule bestimmen würde.“*

*Prof. Dr. Dr. hc. Wolfgang Edelstein,
Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin*

Mit diesem Zitat des Nestoren und maßgeblichen Initiators der demokratiepädagogischen Projekte in Deutschland (u. a. bei der Grundlegung des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“ sowie bei der Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe)“ ist sehr gut das Spannungsfeld beschrieben, in dem wir uns bei den Bemühungen um mehr Beteiligung und Mitverantwortung unserer Schüler/-innen im schulischen Leben, aber natürlich auch bei der Jugendarbeit außerhalb von Schule bewegen. Auch weiterhin wird es darum gehen, den Schüler/-innen grundlegende Kenntnisse zur Funktionsweise eines demokratisch-parlamentarischen Gemeinwesens im Sinne eines handlungsorientierten und zum eigenen Handeln befähigenden Unterrichts zu vermitteln. Und dies kann nicht nur die Aufgabe des Einzelfaches Sozialkunde mit all seinen Einschränkungen, sondern muss Verpflichtung aller Fächer und Lehrer/-innen der sozialpädagogischen Betreuung und der gesamten Schulgemeinschaft sein. Eine „demokratische Schulkultur“ geht aber weit darüber hinaus: Sie setzt voraus, dass Schüler/-innen die Gelegenheit haben, demokratische Abläufe und ihren Anteil daran selbst zu erfahren – im Alltag der Schule, bei der Wahrnehmung ihrer Interessen in der SV oder im Klassenrat, beim Projektlernen und im „ganz normalen“ Unterricht. Vielfältige Beispiele von Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben (darunter auch eine Reihe von mit dem renommierten Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Schulen) sowie eine Fülle von best practice-Projekten zeigen, was an Kinder- und Jugendpartizipation heute schon in der Breite bis hin in die alltäglichen Unterrichtsabläufe und Lernprozesse möglich ist (Berkessel/Beutel/Faulstich-Wieland/Veith [Hrsg.]: Jahrbuch Demokratiepädagogik 2/2013-14).

Ganz zweifellos ist die Schule der Ort, an dem sich die meisten Kinder und Jugendlichen über den längsten Zeitraum des Tages



aufhalten, sodass sie dort auch – insbesondere seit der flächen-deckenden Einführung der Ganztagschulen – am ehesten pädagogisch erreichbar sind. Aber mehr Partizipation ist auch in der freien und institutionellen außerschulischen Jugendarbeit, in Vereinen, kirchlichen und anderen Jugendorganisationen, Initiativen und in Jugendhäusern möglich – und, wie der unlängst veröffentlichte Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerks zeigt, auch von Kindern und Jugendlichen gewünscht (www.dkhw.de/kinderreport). Unabhängig davon, wie man die Tatsache bewerten mag, dass nur zwei Drittel der etwa 1.000 befragten Erwachsenen darauf vertrauen, dass Kinder und Jugendliche später auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, zeigen die Antworten der ca. 600 befragten Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 17 Jahren andererseits, dass eine deutliche Mehrheit von über 90 Prozent mehr Mitbestimmung in Familie, Schule und immer noch über 80 Prozent auch in Sport-, Kultur- und Freizeitvereinen für wichtig bis sehr wichtig hält. Dabei mag frustrierend erscheinen, dass nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Kinder und Jugendlichen zu rund zwei Dritteln die UN-Kinderrechtskonvention nur vom Namen her kennen.

Kinderrechte als Grundlage und Katalysator demokratiepädagogischer Bemühungen

Dabei hat die Kinderrechtskonvention, schon 1989 von der UN-Generalversammlung verabschiedet, seit sie 1992 von Bundestag und Bundesrat unterzeichnet wurde, in Deutschland eine auch rechtlich verbindliche Wirkung in Deutschland. In ihrem zwölften Artikel heißt es:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das

Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.“ (www.unicef.de/Kinderrechte)

Im Alltag aller Schulen und pädagogischen Einrichtungen sind daher die grundlegenden Menschenrechte der Kinder und Jugendlichen zu achten und die Bereitschaft und Fähigkeit der Kinder und Jugendlichen zum demokratischen Zusammenleben zu fördern. Auch darüber, wie sie diesem Anspruch gerecht werden, sollten Kindergärten und –tagesstätten, Schulen und Jugendzentren Rechenschaft ablegen – nicht nur über die Förderung der fachlichen Leistungen. Dazu hat die Kultusministerkonferenz in ihrem Beschluss vom 3.3.2006 festgestellt:

„Die Kultusministerkonferenz bekennt sich ausdrücklich zu der Kinderrechtskonvention und dem darin festgeschriebenen Recht des Kindes auf Bildung, von dessen Verwirklichung die Zukunft des Einzelnen wie auch der Gesellschaft nicht unwesentlich abhängt. [...] Die Kultusministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass die Subjektstellung des Kindes und dessen allseitiger Entfaltungsanspruch in allen Schulstufen und –arten zu respektieren sind und Maßnahmen zur Förderung von Begabungsvielfalt sowie zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung verstärkt werden müssen.

Die Kultusministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass die altersgerechte Berücksichtigung der Rechte des Kindes auf Schutz und Fürsorge sowie auf Partizipation essentiell für die Schulkultur ist.“ (zit. n.: Backhaus u. a. [Hrsg.]: Demokratische Grundschule, 2008, 14)

Und fast gleichlautend heißt es in den Schulgesetzen der Bundesländer, in den Abschnitten, die den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule thematisieren:

„Schülerinnen und Schüler werden befähigt, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und ihr eigenes Leben zu gestalten.“ (Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.2.2005 - www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/Schulgesetz)

Nicht zuletzt haben sich mit dem Start des Modellprojektes **„Demokratie lernen & leben“** der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) 2002 (- 2008) mehr als 100 Schulen der 13 beteiligten Bundesländer auf den Weg gemacht zu mehr Partizipation von Schülerinnen und Schülern, aber auch zu einem neuen Verständnis von Lernprozessen und der Zusammenarbeit der schulischen Gruppen sowie der Schulen als Teil des kommunalen Umfeldes. Inzwischen sind landesweite Netzwerke ehemaliger Modellschulen des BLK-Programms entstanden, denen sich zahlreiche neue Schulen aller Schularten angeschlossen und Module einer demokratischen Schulreform etabliert haben. Sichtbarer Ausdruck dieser weiter wirkenden Netzwerkstruktur sind die jährlich stattfindenden Demokratie-Tage in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen mit zum Teil mehreren hundert Teilnehmenden und einem breiten Erfahrungsaustausch bei einer Messe der Kinder- und Jugendpartizipation (vgl. u. a. www.demokratietag-rlp.de).

Dabei stehen im Zentrum demokratiepädagogischer Bemühungen an Schulen die beiden Ziele a) **Förderung demokratischer Handlungskompetenz** und b) **der Auf- und Ausbau einer demokratischen Schulkultur**.

Zu a) gehört die kognitive Fähigkeit, die ethische Reflexion und die soziale Bereitschaft an demokratischen Gesellschafts- und Lebensformen teilzuhaben und diese in Gemeinschaft mit anderen zu gestalten. b) umfasst Ergebnisse, Prozesse und Strukturen der Schule und richtet sich auf alle Ebenen der Schulentwicklung: Unterricht, Schulleben, Schulmanagement und Schulöffnung (Kooperation mit außerschulischen Partnern, z. B. auch der Jugendhilfe).

Bei der **Förderung demokratischer Handlungskompetenz** kommt allen Formen des offenen, entdeckenden, selbstbestimmten Lernens (Lernlabore, Werkstattunterricht, Frei- und Wochenplanarbeit, Stationen lernen, Projektlernen) eine besondere Bedeutung zu. Nach den Erfahrungen der letzten Jahren bietet vor allem ein fest in den pädagogischen Alltag der Schulen implementiertes **Projektlernen** (nicht die oft am Ende des Schuljahres platzierten Projektstage), das in mehreren in der Regel fächerübergreifenden Projekten Schüler/-innen und Lehrer/-innen ein Lernen und Arbeiten auf Augenhöhe, ein neues Rollenverständnis und die Ausschöpfung bisher kaum genutzter Ressourcen ermöglicht.

Als Basis zum Auf- oder Ausbau **demokratisch-partizipativer Schulstrukturen**, als „Keimzelle der Demokratie“ (Edelstein) hat sich der **Klassenrat** (oder die Kinderkonferenz) als niedrigschwellige Ausgangssituation bewährt, die in der Regel einmal in der Woche in einer Unterrichtsstunde durchgeführt werden kann. Darin erhalten die Schüler/-innen – von KiTa und Grundschule an – zunehmend selbstorganisiert und eigenverantwortlich die Gelegenheit, alle die Klasse aber auch die Schule als Ganzes betreffenden Fragen nach demokratischen Regeln zu verhandeln, Konflikte kommunikativ zu bearbeiten und Vorschläge zur Gestaltung des Schullebens auszuarbeiten und auf den nächst höheren Stufen demokratisch legitimierter Interessenvertretung (Stufenparlament, Schulparlament) einzubringen. Der Klassenrat kann damit die wichtige positive Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch Mitbestimmung und zugleich die Notwendigkeit einer Verantwortungsübernahme vermitteln.

Der Fokus auf die Verwirklichung der Kinderrechte kann schon bei der Leitbild-Diskussion einer Schule bis hin zur Erarbeitung eines Schul- oder Qualitätsprogramms eine wichtige Funktion übernehmen. Sie können eine grundlegend pädagogische Orientierung für die ganzheitliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und für die systemische Entwicklung einer kindgerechten, demokratischen und zukunftsorientierten Schule geben (vgl. Richter-Göckeritz: Kinderrechte leben und lernen. In: *Gemeinsam Lernen* 2/2017).

Literatur:

- Backhaus, Axel/Knorre, Simone/Brügelmann, Hans/Schiemann, Elena (Hrsg.): *Demokratische Grundschule – Mitbestimmung von Kindern über ihr Leben und Lernen*. Siegen 2008.
- Beutel, Silvia-Iris/Beutel Wolfgang (Hrsg.): *Individuelle Lernbegleitung und Leistungsbeurteilung*. Schwalbach/Ts. 2014.
- Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.): *Demokratie erfahren. Analysen, Berichte und Anstöße aus dem Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“*. Schwalbach/Ts. 2014.

Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.): Demokratie-Pädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts. 2007.

Danner, Stefan: Partizipation von Kindern in Kindergärten – Hintergründe, Möglichkeiten und Wirkungen. In: Frühkindliche Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte 22– 24/2012, 40–45.

De Haan, Gerhard/Eikel, Angelika: Demokratische Partizipation in der Schule. Ermöglichen, fördern, umsetzen. Schwalbach/Ts. 2007.

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Kompass – Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Paderborn 2005 (Onlineversion www.kompass.humanrights.ch).

Edelstein, Wolfgang: Demokratiepädagogik und Schulreform. Schwalbach/Ts. 2014.

Edelstein, Wolfgang/Frank, Susanne/Sliwka, Anne (Hrsg.): Praxisbuch Demokratiepädagogik. Sechs Bausteine für Unterrichtsgestaltung und Schulalltag. Weinheim 2009.

Edelstein, Wolfgang/Krappmann, Lothar/Student, Sonja (Hrsg.): Kinderrechte in die Schule. Schwalbach/Ts. 2016.

Gemeinsam Lernen. Zeitschrift für Schule, Pädagogik und Gesellschaft: Kinder haben Rechte. 2/2017. Schwalbach/Ts. 2017.

Himmelman, Gerhard: Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Schwalbach/Ts. 2005.

Jahrbuch Demokratiepädagogik, 1/2012 – 5/2017, hrsg. v. Hans Berkessel, Wolfgang Beutel u. a.

Krappmann, Lothar/Petry Christian (Hrsg.): Worauf Kinder und Jugendliche ein Recht haben. Kinderrechte, Demokratie und Schule: Ein Manifest. Schwalbach/Ts. 2016.

Hans Berkessel, StD i. R., Pädagoge und Historiker, Multiplikator der historisch-politischen Bildung; Regionalberater und Jurymitglied des „Förderprogramms Demokratisch Handeln“; Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) und Koordinator des Demokratietages Rheinland-Pfalz; Mitherausgeber und Autor des Jahrbuchs Demokratiepädagogik; Lehrbeauftragter an der Universität Mainz.

■ ■ ■ ■ ■ THEMA

Regina Laudage-Kleeberg / Katarzyna Paczynska-Werner

Religiöse Vielfalt

Diversitätsbewusstsein als Grundlage für Demokratiebewusstsein

Das Zusammenleben in einer religiös pluralen Gesellschaft erfordert auch plurale Zugänge zum Thema Demokratie. Neben heterogenitätsbewusster Pädagogik sind auch jugendaffine Angebote zum Thema Demokratie notwendig, um sowohl das Diversitätsbewusstsein als auch das Demokratiebewusstsein von Heranwachsenden zu stärken.

► Hybride Identitäten

Heranwachsen in Deutschland geschieht heute in der Selbstverständlichkeit von kultureller und religiöser Diversität und hybriden Identitäten. Durch die vielen kulturellen Einflüssen der Migrant/-innen, die nach Deutschland kommen, vermischen sich verschiedene kulturelle Phänomene untereinander, sodass nicht mehr ausschließlich von einer „deutschen“, „türkischen“ oder „russischen“ Kultur die Rede sein kann. Vielmehr lässt sich hier von einer „migrantischen“ Kultur sprechen, die sich in hybriden Arbeitsformen, Freizeitaktivitäten etc. widerspiegelt (vgl. IDA NRW).

Hybride Identität bedeutet, dass ein Mensch sich zwei oder mehreren kulturellen Räumen gleichermaßen zugehörig fühlt. Dies hat einen starken Einfluss auf die Entwicklung und Identitätsbildung der hier lebenden Menschen (Freise 2013), denn „(...) das Individuum kann man sich als einen Schnittpunkt von verschiedenen Identitäten vorstellen: Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, Klasse usw. sind identitätskonstituierende Merkmale. Welches jeweils die Oberhand gewinnt, hängt u. a. von den aktuellen Lebensbedingungen und den zu bewältigenden Problemen ab“ (Kalpaka/Räthzel 1990). Dies führt zur

Entwicklung einer pluralen Gesellschaft, innerhalb der die unterschiedlichen Weltanschauungen und Lebenskonzepte nebeneinander bestehen. Es entstehen hybride Identitäten. Dabei handelt es sich nicht um Übergangsphänomene, sondern um eine soziale Wirklichkeit.¹

In den Schulen, den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit oder der kirchlichen Jugendarbeit sind vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund diesem Phänomen permanent ausgesetzt. Sie selbst werden durch ihre eigene Kultur und Religion geprägt. Diese Prägung vermischt sich mit den hierzulande dominierenden Werten und Einflüssen. Das führt einerseits zur Bildung einer neuen einzigartigen Identität, andererseits zu Spannungen. Diese zeigt sich ganz deutlich in Familien mit Migrationshintergrund, die in kollektivistischen Systemen leben. Dort ist das „Wir-Gefühl“ entscheidend für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Im Schulsystem stehen dagegen Stärkung und Förderung von Selbstständigkeit, Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit im Fokus der individuellen Identitätsbildung. Die Gegensätzlichkeit dieser beiden Ansprüche kann für Schule, Familie mit interkulturellen Wurzeln sowie für Jugendliche zu einer Zerreißprobe werden und kulturelle Konflikte verursachen.²

Diversitätsbewusstsein

Eine Aufgabe für Lehrer/-innen, Pädagog/-innen oder Sozialarbeiter/-innen ist es, die interkulturelle Öffnung und das religiöse Diversitätsbewusstsein bei jungen Menschen zu stärken. In der Migrationsgesellschaft verflochten sich kulturelle und religiöse Aspekte miteinander. Eine starke Beheimatung im eigenen Kulturkreis und im eigenen Glauben bei gleichzeitiger Offenheit für interkulturelle und interreligiöse Vielfalt kann das Miteinander entspannen und den Umgang mit Differenzen erleichtern. Dieser Prozess kann durch entsprechende Bildungsangebote für junge Menschen unterstützt werden. Um der Pluralität in der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden, benötigt man interkulturelle Lehrinhalte, welche den Fokus vor allem auf Migrationsursachen, Diskriminierungserfahrungen der Migrant/-innen und Lebensrealitäten von Eingewanderten richten (vgl. IDA NRW).

Eine bedeutende Rolle für die Identitätsbildung im jungen Alter hat der starke Einfluss der Peergroup. Diese verleiht jungen Menschen u. a. soziale Orientierung sowie das Gefühl von Zugehörigkeit und Halt. Identitätsbildung entsteht durch Beziehungen und durch Anerkennung der eigenen Werteorientierung in der Bezugsgruppe. Neben den gesellschaftlich anerkannten Werteangeboten gibt es in der Migrationsgesellschaft auch negative, häufig auf Feindbildern basierende Einflüsse, welche bei jungen Menschen durchaus Anklang finden. Das bedeutet, dass ein Alternativmodell zum gegenwertigen Mainstream durch junge Menschen gewählt und gelebt wird. Dieses Alternativmodell vertritt z. B. eine anti-westliche oder anti-demokratische Haltung. Besonders heranwachsende Menschen sind für solche Werteangebote empfänglich, denn sie stehen häufig unter einem intensiven Einfluss der Peergroup oder bringen selbst eine leidenschaftliche Begeisterungsfähigkeit für ideologisch aufgeladene Werteorientierung mit. Dies kann den Weg zu extremen Grundhaltungen wie Islamfeindlichkeit, Rechtsextremismus oder Salafismus ebnen.³

Eine Antwort darauf bietet der interkulturelle Dialog auf „Augenhöhe“. Ein beispielhaftes Modell dafür ist die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA). Unter dem Titel „Interkultureller Dialog zur Aktivierung und Partizipation von Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft“ bietet sie einen Austausch zu den Themen religiöser und politischer Extremismus, Verschiedenheit in der Gruppe und Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft an. Bei der Thematisierung kultureller und religiöser Differenzen ist zu klären, welche zusätzlichen Aspekte die jeweilige Situation prägen. Neben kultur- oder religionsbezogenen Projektionen können auch soziale Unterschiede zur diskriminierenden Basis werden. Eine vorbildliche Arbeit auf diesem Gebiet leisten viele Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, z. B. die Ordensgemeinschaft der Amigonianer in Gelsenkirchen (<http://amigonianer.org/soziale-werke/>). Sie arbeiten insbesondere mit zugewanderten und sozial benachteiligten Kindern, Jugendlichen und Familien zusammen. Viele Jugendliche haben nicht die nötigen Mittel, um die Herausforderungen ihres Erwachsenwerdens zu bewältigen. Dort werden sie mit ansprechenden und angemessenen Angeboten unterstützt. Ziel der Jugendarbeit ist, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Talente und Fähigkeiten entfalten und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Im Austausch und Zusammensein mit Gleich-



altrigen entwickeln sie ihre sozialen Kompetenzen sowie einen Weg zu einer reifen, selbstständigen und zur Liebe fähigen Persönlichkeit. Mit ihrer Arbeit tragen die Träger der Jugendsozialarbeit zu einer diversitätsbewussten Identitätsbildung junger Menschen bei.

Demokratiebewusstsein schaffen

Wie lassen sich die Realität religiöser und kultureller Vielfalt und der Anspruch an ein Demokratiebewusstsein wirksam in der Jugendarbeit verknüpfen? An der Umsetzung des Jahresthemas „Wählen und Gewählt sein“ der Abteilung Kinder, Jugend und Junge Erwachsene im Bistum Essen wird das beispielhaft deutlich. Die Abteilung ist Teil der „Jugend im Bistum Essen“ (www.jugend-im-bistum-essen.de). Unter diesem Begriff engagieren sich Hauptberufliche und Ehrenamtliche für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Ruhrgebiet und im märkischen Sauerland. Akteure der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Kinder- und Jugendverbände sowie der Jugendarbeit in Pfarreien und Gemeinden bieten ein plurales Angebot für die jungen Zielgruppen an. Im Jahresthema der Abteilung spiegelt sich sowohl das „Super-Wahljahr 2017“ als auch das aus christlicher Sicht selbstverständliche „von Gott Gewollt sein“: Angenommen sein vor aller Leistung und trotz aller Schuld. Die christliche Perspektive, als Mensch angenommen zu sein, eröffnet einen spirituellen Zugang zum Diversitätsbewusstsein: Wer davon ausgeht, dass Gott die Menschen liebt, wie sie sind, wird automatisch infrage stellen, ob Ausgrenzung und Abwertung bestimmter Gruppen mit dieser Liebe vereinbar sind. Gleichzeitig dient die Heterogenität in der katholischen Kirche auch als Folie für Diversitätsbewusstsein. Unter dem Dach einer weltumspannenden Glaubensgemeinschaft gibt es eine Vielzahl von religiösen (und politischen) Richtungen und Lebensformen, die sich alle als katholisch begreifen. Ein reflektierter und verantwortungsvoll gelebter Glaube ist also auch ein Schritt zum Demokratiebewusstsein.

Gerade in den letzten Jahren bei der Flüchtlingsdiskussion ist der Kirche von wohlmeinenden Kritiker/-innen immer wieder nahegelegt worden, sich aus der Politik herauszuhalten. In Deutschland gibt es glücklicherweise eine lebendige Verbandskultur, die häufig als politisches Gesicht der katholischen Kirche fungiert. In der christlichen Jugendarbeit bieten besonders die Jugendverbände eine strukturierte Möglichkeit, das eigene Demokratiebewusstsein zu entwickeln. Hier erleben junge Menschen seit Jahr-

zehnten Formen der Mitbestimmung, Selbstorganisation und des Ehrenamts.

Wie gelingt es darüber hinaus, Heranwachsenden Demokratiebewusstsein als Haltung zu vermitteln, wenn von folgender Hypothese auszugehen ist: Christliche, herkunftsdeutsche junge Menschen leben heutzutage in einer Selbstverständlichkeit von Demokratie. Viele von ihnen mussten noch nie um ihre Rechte und Freiheiten in der Gesellschaft fürchten und haben deswegen häufig wenig Bewusstsein dafür, dass Demokratie ein lebenswichtiger Wert unserer Gesellschaft ist. Die Vermittlung dieses Wertes gelingt über politische Bildung auf Basis des Beutelsbacher Konsenses (<http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>). Neben der politischen Bildung orientieren wir uns beim Jahresthema auch an emotionalen und/oder social media-kompatiblen Zugängen. Mehrere Gruppen im Bistum Essen bieten deswegen im Wahljahr 2017 Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen an. Die Erfahrung, bei einem rassistischen oder anderen menschenfeindlichen Spruch sprachlos zu sein, kennen Jugendliche oft aus ihrem Alltag. Hier geschieht eine wichtige Verknüpfung von Wissen („Welche Argumente helfen weiter?“) und Haltung („Wie gehe ich mit dem/der Sprücheklopfer/-in richtig um?“).

Neben diesem Weg haben wir uns im Vernetzungsgremium „Jugendseelsorgekonferenz“ dazu entschieden, das Thema Demokratie von einer anderen Richtung anzugehen: aus der Perspektive der „aus der Demokratie Ausgestiegenen“. Bei der ersten Konferenz des Jahres haben wir das Theaterstück „ichglaubeaneinzigengott“ besucht: Der Nahostkonflikt wird hier aus der Perspektive von drei Frauen betrachtet, einer jüdisch-israelischen Professorin, einer muslimisch-palästinensischen Studentin und einer amerikanischen Soldatin. Die Grenzen von religiöser Toleranz werden verwischt, wahr und falsch verschwimmen und am Ende fragt sich der/die Besucher/-in: Gibt es überhaupt einen Ausweg? (www.schauspiel-essen.de/stuecke/ichglaubeaneinzigengott.htm)

Bei der zweiten Konferenz haben wir mit Aussteigern aus extremistischen Szenen gesprochen: ein ehemaliger deutscher Nazi, ein ehemaliger Salafist und ein ehemaliger türkischer „Grauer Wolf“. Am Ende des Gesprächs zu ihren Biografien, ihrem Werdegang innerhalb der Szene und zu ihrem Ausstieg wurde klar: Der Einstieg in extremistische Szenen verläuft häufig aus emotionalen Gründen, das antidemokratische Verhalten entwickelt sich im Lauf der Zeit.

Im weiteren Verlauf des Konferenzjahres werden die Erfahrungen dieser Konferenzen reflektiert und mit dem eigenen Handeln verknüpft: Warum haben bei den Personen im Stück bzw. bei den Aussteigern keine „demokratischen Alarmglocken“ geklingelt? Was bedeutet in diesem Sinne Demokratiepädagogik und wie muss sie vor dem Hintergrund einer Gesellschaft gestaltet sein, die in der Selbstverständlichkeit religiöser Pluralität lebt?

Parallel zu den Workshops, Konferenzen und Bildungsangeboten läuft seit Anfang des Jahres die niedrigschwellige social media Fotokampagne „#demokratieistfürmich“. Akteure der Jugendpastoral lassen sich mit einem Schild fotografieren, auf dem sie die Bedeutung von Demokratie formulieren. Die Bilder werden mit dem Hashtag „demokratieistfürmich“ in social media-Kanälen hochgeladen. Um den Wiedererkennungswert in der Flut der täglichen Fotos und Videos zu erhöhen, läuft die Fotokampagne

ausschließlich in schwarz-weiß-Bildern (z. B. hier: <https://www.facebook.com/jugendimbistumessen.de/?fref=ts>). Mit diesen Beispielen haben wir eine kleine Auswahl von verschiedenen Zugängen zum Thema Demokratie geschaffen: So entstehen Räume zur Identifikation und emotionalen Auseinandersetzung mit dem Thema.

Wir sind überzeugt: Demokratiebewusstsein ist nicht selbstverständlich – der Sinn von Demokratie muss erfahrbar sein, ihre Abwesenheit muss schmerzlich sein. Und Demokratie in einer religiös pluralen (bzw. zum Teil auch religiös indifferenten) Gesellschaft zu vermitteln, bedeutet: Erfahrbar machen, dass Demokratie ein gemeinsamer (manchmal anstrengender) Nenner ist, um Unterschiede auszuhalten bzw. Diversität zu bejahen. Diese Affirmation ist nur dann sinnvoll und möglich, wenn die demokratischen Regeln, die unser Grundgesetz zusammenfasst, eingehalten werden.

Anmerkungen:

- 1 Freise, Josef: Vortrag zum Thema „Pädagogik der Vielfalt – Was ist interkulturell, was ist interreligiös?“. Fachtag Jugendpastoral. Essen 2016.
- 2 Balicki-Schmidt, Asiye: Workshop zum Thema „Ich und Wir – Individualismus vs. Kollektivismus. Systeme Schule und Familie im interkulturellen Kontext“. Fachtag Jugendpastoral. Essen 2016.
- 3 Küsters, Sandhya: Vortrag zum Thema „Religiöse Identitätsdynamiken in fremdkultureller Umwelt“. Fachtag Jugendpastoral. Essen 2016.

Literatur:

Freise, Josef: Interkulturalität und Interreligiosität – Eine Begriffsklärung. In: Bertels, Gesa/ Hetzinger, Manuel/Laudage-Kleeberg, Regina (Hrsg.): Interreligiöser Dialog in Jugendarbeit und Schule. Weinheim und Basel 2013, 60–67.

Kalpaka, Anita/Räthzel, Nora (Hrsg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. 2. Auflage. Köln 1990.



Regina Laudage-Kleeberg ist Religionswissenschaftlerin (M.A.) und leitet die Abteilung Kinder, Jugend und Junge Erwachsene im Bistum Essen. Vorher war sie beruflich im Bereich Extremismusprävention und Interreligiöses Lernen tätig.

Katarzyna Paczynska-Werner ist Geschichtswissenschaftlerin (M.A.) und arbeitet als Referentin für Interkulturelle Jugendpastoral in der Abteilung Kinder, Jugend und Junge Erwachsene im Bischöflichen Generalvikariat des Bistums Essen.

Thomas Pfeiffer

Gemeinschaft - Action - Anerkennung

Was motiviert Jugendliche, gegen die Demokratie zu denken und zu handeln?

Gemeinschaft, Anerkennung, Selbstwert und Identität sind zentrale Reize, die auch der Rechtsextremismus nutzt. Nicht in erster Linie motivieren politische Programme Jugendliche, in antidemokratischen Strukturen aktiv zu werden, sondern die in Aussicht stehenden Beziehungen und Emotionen. Der Beitrag nimmt diese Einstiegsversprechen in den Blick und erläutert sie anhand von Erinnerungen ehemaliger Rechtsextremisten.¹

► Warum entwickeln Jugendliche Affinitäten zum Rechtsextremismus, zu einer Szenerie, die faktisch von Hass und Gewalt geprägt ist? Den Antworten nachzuspüren heißt, die Perspektive zu wechseln. Mit welchem Appeal begegnet diese Szene Jugendlichen, die sich in den für diese Lebensphase typischen Suchbewegungen befinden und dem Rechtsextremismus annähern? Welche Faktoren geben der Affinisierung subjektiv Sinn? Es sind bestimmte Versprechungen, die rechtsextremistische Gruppen mal werbewirksam zur Schau stellen, mal ungesagt ausstrahlen. Das zentrale Versprechen heißt Gemeinschaft, im Szene-Duktus „Kameradschaft“. Grundsätzlich wird bedingungsloser Zusammenhalt versprochen, in der Praxis kommen Differenzierungen und Ambivalenzen vor. So unterscheidet der ehemalige NPD- und Neonazi-Aktivist Frank Försterling im Rückblick zwischen „Bekanntem“, „Kameraden“ und „Freunden“. Während er als „Kameraden“ die politisch Verbundenen bezeichnet, sind „Freunde“ für ihn die, auf „die man sich wirklich verlassen kann“. „Kameraden“ und „Freunde“ in diesem Sinne können, müssen aber nicht, deckungsgleich sein. Das Zusammengehörigkeitsempfinden nennt Försterling als das wichtigste Bauchgefühl in der Annäherungsphase. (Volks-)Gemeinschaft ist nicht nur ein Werbeversprechen, sondern auch der Kern des Programms des Rechtsextremismus.

Neonazis in der „Sozialarbeiterrolle“

Action- und Freizeitangebote sind die Vehikel der Vergemeinschaftung. Facetten der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“² macht Gabriel Landgraf deutlich. Sein früherer Aktionsraum war die Neonazi-Gruppierung Berliner Alternative Süd-Ost (BASO). Der Zugang zu dieser Erlebniswelt ist niedrigschwellig, die Angebote jugendnah, politische Botschaften sind zunächst wenig explizit. Gleichwohl ist das Gemeinschaftserleben kontinuierlich durch Freund-Feind-Unterscheidungen politisch aufgeladen. In einem Videointerview erzählt Landgraf: „Wir haben ja auch mit der BASO (...), wir haben ja eine regelrechte Sozialarbeiterrolle eingenommen. Das heißt: Wir haben (...) wir hatten einen festen Treff, wo sie jeden Freitag kommen konnten. Wir waren da, wir hatten ein offenes Ohr für jeden (...) Deutschen natürlich, nicht für jeden, aber für jeden, der an uns interessiert ist. (...) Und man hat dann an den Wochenenden ein reges Freizeitprogramm geboten: Also, man ist donnerstags zum Fußballspielen gegangen auf den Bolzplatz, danach grillen und an den Wochenenden ist man zum See rausgefahren oder man hat Wanderungen, Zeltla-

ger gemacht. Natürlich auch mal Konzertbesuche.“ Diese Angebote sind Mittel der Ansprache und Einbindung, im Folgenden fanden Prozesse der Auslese und weiteren Politisierung statt. Über Botschaften der individuellen Anerkennung entstehen Loyalitätsverpflichtungen: „Mit den Jugendlichen oder mit jungen Leuten, wo man halt gesehen hat, die kommen regelmäßig, da ist Gefallen daran, (...) sie setzen sich dafür ein, (...) da ist auch ein gewisses, vom Kopf her, also eine gewisse Reife da, die hat man dann probiert, immer mehr einzubinden. Also, man hat dann auch gesagt, also (...) Politik ist nicht nur Freizeit. Wir müssen dann auch (...) oder es wär schön dann (...) oder Ihr solltet dann auch mal mitkommen zu einer Demonstration.“

Imagewechsel: cool und modern

Ein breites Spektrum an Websites und Social-Media-Profilen mit Musik, Videos und anderen multimedialen Elementen trägt zur Erlebniswelt bei. Durch die Modernisierung ihrer Ästhetik, Symbolik und Bildersprache leisten diese Szene-Medien einem Imagewechsel Vorschub: Einer früher weitgehend uniformen und gewaltnahen Formensprache stehen heute Bilder gegenüber, die Coolness, Aktualität und Unangepasstheit ausstrahlen. Zugehörigkeit schafft Anerkennung, die Gruppe und der Kampf für eine gemeinsame Sache verleihen Bedeutung. Sich im Rechtsextremismus zum ersten Mal vorbehaltlos angenommen zu fühlen, ist ein im Rückblick häufig von Aussteigern beschriebenes Gefühl. Die Einsteigenden empfinden Anerkennung auch dadurch, dass sie an einer Gemeinschaft der älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumindest scheinbar auf Augenhöhe teilhaben. Häufig sind etwas Ältere die maßgeblichen Personen bei der Einführung in die Szene.

So erinnert sich Stefan Rochow, der mit 13 Jahren in Greifswald in Skinhead- und Neonazi-Cliquen einsteigt, dass die meisten seiner Gruppe mindestens vier Jahre älter waren. In unübersichtlichen Zeiten und Lebenslagen verspricht der Rechtsextremismus Orientierung und Halt. Dafür steht die Kette der Schlüsselbegriffe, mit denen Rochow das persönliche und gesellschaftliche Empfinden in der Nach-Wende-Zeit, seiner Einstiegsphase, beschreibt: „Vakuum“ – „Chaos“ – „Angst“ – „Meine Unzufriedenheit wandelt sich in Wut und langsam in Hass“. Der Rechtsextremismus ist hier eine Quelle klarer Raster, die Richtig und Falsch unterscheidbar machen, und eine Quelle der Selbstsicherheit: „Ich werde nicht schweigen und klein begeben! Ich habe schon



einmal erlebt, was eine Revolution erreichen kann. Die Menschen müssen, da alles sinnlos gewesen zu sein scheint, aufgerüttelt werden.“ Ein klares Gut-Böse-Raster, Feindbildkonstruktionen, Verschwörungstheorien und die bis zur Obsession reichende Vorstellung, Opfer des Systems und seiner Vasallen zu sein, haben auch eine entlastende Funktion. Eigene Verantwortung für das Gelingen des Lebens wird hinter den Schuldzuschreibungen unsichtbar.

Dominanz als Schlüsselreiz

Die Zugehörigkeit zu einer starken Gruppe verleiht Sicherheit, Überlegenheit und Selbstwirksamkeit. Aussteigersprechen häufig von „Respekt“, den sie plötzlich erfahren hätten. Dominanz war für die 2015 verstorbene Psychologin Birgit Rommelspacher ein Schlüsselreiz des Rechtsextremismus, wenngleich die Einschüchterung anderer eine „paradoxe Anerkennung“ darstellt. Sehr deutlich wird das Macht- und Dominanz-Motiv in den Erinnerungen des ehemaligen rechtsextremistischen Skinheads Manuel Bauer. Das Skinhead-Outfit ist Symbol und Mittel der mentalen Verwandlung: Es „erhöhte unseren Stellenwert und machte uns zu dem, was wir sein wollten: zu einer Horde junger Männer, vor denen man sich in Acht nehmen sollte. (...) Wenn wir irgendwo zusammen auftauchten – im Bahnlokal oder an der Imbissbude – verstummten die Gespräche der anwesenden Gäste. Es wurde still, nur weil eine Gruppe Jugendlicher den Raum betrat. Von den 17- bis 18-Jährigen abgesehen, waren die meisten von uns im Grunde noch Kinder. Man kann sich kaum vorstellen, wie dieses Gefühl auf unsere naiven Seelen wirkte.“ Affinitäten zur Gewalt können im Rechtsextremismus ausgelebt werden, je nach Teilspektrum der Szene hängt Status von der Bereitschaft und Fähigkeit zur Gewaltanwendung ab. Rommelspacher verweist auf den schwedischen Aussteiger Kent Lindahl als Beispiel für eine „Ideologisierung von Gewalt“. Aufgewachsen mit der väterlichen Botschaft, dass „man nur mit Gewalt durchs Leben kommt“, wird sie für ihn zur Möglichkeit der Selbstverteidigung, dann zur „Quelle der Selbstbestätigung“, zu einer „Lebensform“ und schließlich zum selbstverständlichen Mittel, politische Ziele durchzusetzen.

Rollenbilder: Kämpfer und Mutter

In der Szene vorherrschende geschlechtliche Rollenbilder können eine Triebfeder und ein Hindernis der Einstiegsprozesse sein. Ersteres dürfte für die Vorstellungen von Männlichkeit, Letzteres für ideologisch fundierte Rollenbilder von Mädchen und Frauen gelten.

Das im Rechtsextremismus dominierende Männlichkeitsideal beruht auf den Mythen des Kämpfers und des Kriegers – es ist mit der Forderung nach Härte und Stärke und mit Gewaltvorstellungen verbunden. Männliche Jugendliche, die gelernt haben, dass ein echter Mann ist, wer diesen Attributen entspricht, finden im Rechtsextremismus einen Raum, in dem sie diese Rolle geradezu bis zum Exzess leben und Anerkennung erwarten können. Diese Männlichkeitsideale sind vergleichsweise konstant und entsprechen einer „hypermaskulinen Männlichkeit“ oder einer „soldatischen Männlichkeit“, die mit Bezügen zur Wehrmacht und zur Waffen-SS verbunden ist. Zu Recht weist der Erziehungswissenschaftler Kurt Möller auf Akzentverschiebung hin, durch die männliche Rollenvorbilder aus dem NS-Regime etwas an Bedeutung verlieren: Selbstinszenierungen als Streetfighter und Guerillakämpfer drängen den Obergruppenführer in den Hintergrund.

Der Rechtsextremismus hat seine Zielgruppen verbreitert und ist auch für Mädchen und junge Frauen attraktiver geworden. Dies liegt auch daran, dass ein Coolness-Appeal die martialische Gewaltästhetik tendenziell verdrängt. Mitunter werden Frauen und Mädchen explizit als Zielgruppe angesprochen. Allerdings sind im Rechtsextremismus nach wie vor weibliche Rollenbilder verbreitet, die ideologisch an den Nationalsozialismus anschließen und sich mit den Selbstbildern von Mädchen und jungen Frauen im Jahr 2017 kaum decken: ein auf die Mutterrolle verengtes Frauenbild, eines als Hüterin der Heimat und Dienerin der völkischen Gemeinschaft. Die Spannung zwischen ideologischen Rollenbildern und dem Selbstbild wird auf unterschiedliche Weise austariert und so entstehen viele Variationen, wie weibliche Selbstverständnisse in dieser Szene geäußert und von einzelnen Aktivistinnen gelebt werden. Widersprüche zwischen propagiertem Rollenbild und Selbstbildern nehmen unweigerlich zu.

Fazit

Was folgt aus alledem für die Rechtsextremismusprävention und Erziehung zur Demokratie? Rechtsextremismusprävention im umfassenden Sinne basiert auf der Kombination dreier grundsätzlich gleichrangiger Ziele:

Kognitive Kompetenz: Wissen hilft. Praktisch alle einschlägigen Einstellungsuntersuchungen lassen diesen Schluss zu. Zur Rechtsextremismusprävention sind Wissen und Urteilsfähigkeit auf bestimmten Themenfeldern besonders wichtig – etwa auf dem Gebiet des Nationalsozialismus, in Fragen von Einwanderung und Menschenrechten sowie auf dem Themenfeld Rechtsextremismus selbst. Prävention heißt auch, Medienkompetenz zu fördern, die Fähigkeit, sich (nicht nur rechtsextremistischen) Medieninhalten kritisch zu nähern und ihre Glaubwürdigkeit zu hinterfragen. Kognitive Kompetenz immunisiert aber keineswegs gegen Rechtsextremismus. Angesichts der oben skizzierten emotionalen Angebote ist das plausibel.

Soziale Kompetenz: Zur ihr zählt vor allem die Empathiefähigkeit. Wer fähig ist, sich in die Lage gesellschaftlicher Minderheiten einzufühlen, wird abwertende Pauschalurteile nicht annehmen und vielfach deutlich zurückweisen. Zu den sozialen Kompetenzen zählt das Erkennen von ausgrenzenden Alltagsdiskursen, es schärft den Blick auf Stereotype im eigenen Denken, stärkt Mut und Fähigkeit zum Widerspruch.

Soziale Integration: Integration ist für den Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer der Schlüsselfaktor für das Entstehen menschenfeindlicher bzw. demokratischer Orientierungen.

Demnach finden Desintegrationsprozesse auf einer sozialstrukturellen, institutionellen und personalen Ebene statt. Beispielsweise können der (drohende) Verlust des Arbeitsplatzes, das Gefühl, in der Politik kein Gehör zu finden, ebenso wie problematische Familienverhältnisse zur Desintegration beitragen und menschenfeindliche Haltungen fördern. Soziale Integration, positive Anerkennungsbilanzen und Ich-Stärke bedingen sich und bilden die Eckpunkte eines Zieledreiecks: Integration ist die Voraussetzung einer positiven Anerkennungsbilanz des Einzelnen, die entscheidend auf Selbstwertgefühle (Ich-Stärke) einwirkt. Spiegelbildlich bedeutet dies, dass Statusängste, mangelnder Selbstwert und mangelnde Selbstwirksamkeitserfahrungen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Betroffenen eigene Aufwertung durch die Abwertung anderer suchen. Das Gefühl, in der Gruppe aufgehoben, stark und sicher zu sein, ist oben bereits als ein wesentlicher Reiz des Rechtsextremismus deutlich geworden.

Ein alleiniges „gegen rechts“ greift als Maxime zu kurz. Gelebte Demokratie ist das wichtigste Mittel der Rechtsextremismusprävention. Also werfen die Erfahrungen von Aussteigerinnen und Aussteigern auch die Frage auf, wie eine „Erlebnisswelt Demokratie“ gestärkt werden kann. Wenn „Kameradschaft“ das wichtigste Werbeversprechen im Rechtsextremismus ist, lohnt es sich, über demokratische Wir-Gefühle nachzudenken – beispielsweise in Familie, Schule, Vereinen und sonstigen Gruppen. Solche Wir-Gefühle schließen Individualität keineswegs aus. Im Gegenteil: Ihre Basis sind die Werte der Vielfalt und Gleichwertigkeit. Gelebte

Demokratie ermöglicht Integrations- und Anerkennungserfahrungen. In diesem Sinne tragen Partizipationschancen zur Prävention bei, eigenständige Verantwortung, Vertrauen und Wertschätzung. ■

Anmerkungen:

- 1 Der Beitrag basiert auf folgenden Aufsätzen des Autors: Wege in die Szene. Muster und Motive der Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus. In: Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Bd. 10, Brühl 2016, 122140 sowie „Deutschland den Deutschen und Pizza den Pizzen“: Rechtsextremismusprävention von Anfang an. In: Engartner, Tim/Korfkamp, Jens (Hg.): Grenzgänge. Traditionslinien und Spannungsfelder in der politischen Bildung. Festschrift für Klaus-Peter Hufer zum 65. Geburtstag. Schwalbach/Ts. 2014, 174–185.
- 2 Ausführlicher zur Erlebnisswelt Rechtsextremismus: Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Schwalbach/Ts. (aktualisierte fünfte Auflage erscheint 2017).

Links zum Thema:

www.nrweltoffen.de: Das Portal bietet unter anderem Kontaktinformationen zu allen Beratungsangeboten zum Thema Rechtsextremismus in NRW (Aussteigerprogramme, mobile Beratung, Elternberatung, Opferberatung und andere).

www.virnrw.de: Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen – ein Trainingskonzept für alle, die mit rechtsorientierten jungen Menschen im Kontakt sind.

Dr. Thomas Pfeiffer ist Diplom-Journalist und Sozialwissenschaftler. Er arbeitet als wissenschaftlicher Referent für Rechtsextremismusprävention beim Verfassungsschutz NRW.

THEMA

Projekte für Demokratie, Toleranz und Gemeinschaft

Das Projekt „openTransfer #Ankommen“ (Berlin-Expedition) zeigt gute Ideen zur Integration von Geflüchteten. „Schülerhaushalt“ (Dortmund) ist ein Projekt zur Mitgestaltung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. In Monheim wurde das Projekt „Enter deine Rechte“ ins Leben gerufen, wobei die UN-Kinderrechtskonvention künstlerisch von Kindern und Jugendlichen umgesetzt wurde. Das Präventionsprojekt „Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“ hat zum Ziel, landesweites Kompetenz- und Beratungsnetzwerk zu werden. So zeigt sich auf vierfache Weise, wie Demokratie gestärkt und erfahrbar gemacht werden kann und schon wird.

► Projekt „openTransfer #Ankommen“ – Berlin-Expedition

Mit der Entscheidung der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW, das Projekt „openTransfer #Ankommen“ als Schirmherr zu unterstützen, erteilte uns die Einladung, an den Bausteinen des Projekts teilzunehmen. Neben Webinaren und regionalen Workshops in NRW sollte es auf eine Expedition nach Berlin gehen, um sich dort verschiedene Flüchtlingsprojekte anzuschauen. Das Ziel von „openTransfer #Ankommen“ ist es, Initiativen und Projekte mit jungen Geflüchteten in NRW zu unterstützen. Dazu sollen Aktivitäten vernetzt und verstetigt sowie gute Lösungen vorangebracht werden.

Die Berlin-Expedition erschien sehr reizvoll. – Wir stellten uns die Frage, ob es große Unterschiede zwischen der Flüchtlingsarbeit in Berlin und in NRW geben wird oder ob wir das alles in NRW schon kennen oder vielleicht sogar besser machen. Laut den Teilnehmer-Informationen hatten wir so einiges vor: Insgesamt 15 verschiedene Projekte galt es kennenzulernen. Ein straffes Programm für zweieinhalb Tage! Doch die Expedition war sehr gut durch die Stiftung Bürgermut vorbereitet, sodass der Plan tatsächlich aufging. Gemeinsam mit insgesamt 16 Teilnehmenden aus NRW nahmen wir an der Expedition teil.

Drei Programmpunkte möchte ich hier hervorheben, die mich besonders beeindruckt haben.

Migration Hub

Das Migration Hub Berlin ist ein Ort der Begegnung für Menschen aus verschiedenen Kulturen, auch oder besonders für geflüchtete Menschen. Diese arbeiten beispielsweise an einem Start-up oder einer Initiative und nutzen die Räumlichkeiten sowie Infrastrukturen im Migration Hub, vernetzen sich dort oder finden über Migration Hub Investoren. Wenn man die Räumlichkeiten des Migration Hubs betritt, spürt man direkt die kreative, international geprägte Energie und die Schaffensfreude der vorrangig jungen Erwachsenen. Migration Hubs oder Coworking Spaces gibt es auch in anderen Städten, teilweise mit anderen Schwerpunkten. In Berlin liegt der Schwerpunkt auf die Unterstützung von Start-ups.

Bei unserem Besuch hatten wir die Möglichkeit, Einblick in verschiedene Projekte des Migration Hubs zu bekommen. So lernten wir z. B. „Bureau crazy“ kennen: ein Projekt von Geflüchteten für Geflüchtete, welches bei der Übersetzung von deutschen Amtspapieren hilft, wie der Name vielleicht schon vermuten lässt. Bei einem anderen Projekt ging es um den Handel mit Produkten aus Krisenregionen („Conflictfood“), um die Kleinbauern vor Ort zu unterstützen. Ohne das Migration Hub wäre es sicherlich für viele Projekte wesentlich schwerer, ihre Ideen in die Tat umzusetzen.

Sharehaus Refugio – eine große internationale WG

Teilen macht reich – so lautet die Grundidee des Refugio Sharehauses. In einem großen Haus leben seit 2015 auf 5 Etagen ca. 40 Bewohnerinnen und Bewohner. Etwa zur Hälfte handelt es sich hierbei um Geflüchtete, zur anderen Hälfte um Nicht-Geflüchtete. Dieses Prinzip hat sich bewährt, da so die geflüchteten Menschen am besten unterstützt werden können. Nach Einschätzung der Betreiber des Sharehauses fehlt es vielen Geflüchteten neben der Unterstützung auch an Selbstvertrauen. Wie in einer privaten WG wird hier gelebt, aber auch zusammen ein Café betrieben, Events organisiert und gekocht. Jeder Einzelne soll hier gefördert und gefordert werden, und zwar mit all seinen Fähigkeiten und Talenten. So hat uns zum Beispiel ein ehemaliger Bewohner, der jetzt als Koch und Caterer arbeitet, ein sehr schmackhaftes internationales Buffet serviert. Und die vorhandene Dachterrasse mit einem traumhaften Blick über Berlin lässt vermuten, welche tolle Feste und Begegnungen hier stattfinden. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen allerdings nur 1218 Monate im Sharehaus leben. Dann sollen Kontakte geknüpft worden sein und der Umzug in eine eigene Wohnung möglich und unterstützt werden. So können immer wieder neue geflüchtete Menschen aufgenommen werden.

Die Gründer des Sharehauses haben ihre Idee aus Südafrika mitgebracht, wo sie vor ihrem Umzug nach Berlin für 10 Jahre in einem dortigen Sharehaus lebten.

Querstadtein – Stadtführung durch Geflüchtete

Mein persönliches Highlight der Berlin-Expedition war die Stadtführung von „Querstadtein“ mit unserem Stadtführer Nafee Kurdi. Der 20-jährige Syrer lebt noch nicht einmal zwei Jahre in Deutschland und bringt uns auf Englisch die Sehenswürdigkeiten Berlins näher. Unter dem Titel „From Damascus to Berlin Mitte“ zog er an den Sehenswürdigkeiten von Berlin Parallelen zu seiner Heimat Syrien. Am Checkpoint Charlie berichtete er zum Beispiel davon, wie er in Damascus auf dem Weg zur Universität täglich an fünf verschiedenen Checkpoints, vorrangig vom As-

sad-Regime, vorbeimusste. Dadurch hat sich sein täglicher Weg von 30 auf 120 Minuten verlängert. Seine Entscheidung, Damascus zu verlassen, fiel an einem Tag, als er zufällig nicht in der Universität war und diese genau dann von Bomben getroffen wurde. Doch auch Orte, die für ihn persönlich als neu Geflüchteten in Berlin wichtig waren, wie zum Beispiel ein Internetcafé, haben wir während der Tour besucht.

Wer nach Berlin fährt und vielleicht schon einmal an einer „normalen“ Stadtführung teilgenommen hat, dem kann ich empfehlen, eine Führung mit Querstadtein zu buchen und die Stadt aus der Sicht von Geflüchteten zu betrachten.

Resümee

Die Expedition war eine Berlin-Fahrt der anderen Art. Wir konnten viele Anregungen für Projekte oder auch den Umgang mit Geflüchteten bekommen. Und auch die Erkenntnis gewinnen, dass sich die Akteure in der Flüchtlingsarbeit sogar in Berlin gegenseitig gut kennen und vernetzt sind. Nicht alle Projekte, die insbesondere 2015 in Berlin gestartet sind, existieren noch. Vielen ist der Atem ausgegangen, aufgrund von finanziellen Engpässen oder persönlich begründet. Teilweise wurden auch parallel die gleichen Ideen entwickelt und nur die beste Umsetzung der Idee hat die Zeit überdauert. Auch die Themen und Probleme innerhalb der Flüchtlingsarbeit haben sich in NRW ähnlich wie in Berlin innerhalb der letzten beiden Jahre verändert. Es geht mehr um die Integration in den Arbeitsmarkt sowie die soziale Integration als um die Problematik der Erstaufnahme.

Als Fazit der Fahrt bleibt der Wunsch, solch eine Projekt-Tour in NRW zu initiieren, bei der man Nachbar-Projekte besucht und voneinander lernen kann. Denn auch in einigen NRW-Städten gibt es z. B. schon Stadtführungen von oder für Geflüchtete, die sich vielleicht nur ein wenig von der in Berlin unterscheiden. Durch das Lernen von den Nachbar-Städten kann man die Willkommenskultur und vor allem die Integrationsbemühungen weiter voranbringen.

Abschließend möchte ich der Stiftung Bürgermut und der Bertelsmann-Stiftung danken, welche die Fahrt geplant und die Durchführung möglich gemacht haben.

Ilka Brambrink

Pädagogische Referentin bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. und Sprecherin der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW.

► Das Projekt Schülerhaushalt – Ein Weg zu mehr Beteiligung der Schülerinnen und Schüler in Dortmund

Im zweiten Schulhalbjahr 2014/2015 wurde in Dortmund durch die Initiative der Dortmunder Stiftung Jugend und Demokratie das Projekt Schülerhaushalt erstmals an vier Dortmunder Schulen durchgeführt. Mit dem Projekt bekommen junge Menschen die Chance, durch ihr Engagement und ihre Ideen das Leben in ihrem eigenen schulischen Umfeld zu verändern. Das Ziel des Projekts ist es, Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen und zu politischer Beteiligung zu motivieren. Die jungen Menschen haben so die Möglichkeit, politische Prozesse anhand eines konkreten Beispiels in einem für sie relevanten Umfeld kennenzulernen. Sie erhalten Mitgestaltungs- und Mitentscheidungschancen und erfahren, was es heißt, für sie bedeutsame Veränderungen herbeizuführen.

Im Rahmen des Projekts erhielten die Schüler/-innen die Möglichkeit, über die Verwendung eines Betrags von 2.500 bzw. 5.000 Euro selbst zu entscheiden. Alle Schulformen wurden mit dem Projekt angesprochen. In der ersten Runde des Schülerhaushalts beteiligten sich vier verschiedene Schulformen am Projekt: Eine Grundschule, eine Förderschule, eine Realschule und ein Gymnasium. Insgesamt nahmen 1.720 Schülerinnen und Schüler im zweiten Schulhalbjahr 2014/15 am Projekt Schülerhaushalt teil.

Das Projekt startete an jeder Schule mit einer Auftaktveranstaltung, in der alle Schüler/-innen über den Schülerhaushalt informiert wurden. Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung waren alle Schüler/-innen gefragt. Einzeln oder gemeinsam mit anderen wurde überlegt, wofür das Geld eingesetzt werden sollte und konkrete Vorschläge konnten gemacht werden. Die Schülerschaft erhielt dann die Möglichkeit, in einer ein- bis zweiwöchigen Phase Vorschläge zu diskutieren und für sie zu werben. Anschließend folgte der große „Tag der Entscheidung“, an dem die gesamte Schülerschaft über die eingereichten Vorschläge abstimmt. An den vier Dortmunder Schulen war der Wahltag ein besonderes Ereignis mit professionellen Wahllokalen, bei einer Wahlbeteiligung zwischen 87 und 98 Prozent und viel Spannung – ein echtes Demokratieerlebnis. Die Vorschläge reichten von einem Schulausflug mit der gesamten Schule, über Renovierungsarbeiten am Gebäude bis hin zu Lerninseln für die Bibliothek. Nach der Abstimmung ging es in die Umsetzungsphase, um das Ergebnis möglichst zeitnah umzusetzen.

In der heutigen Zeit darf Demokratie nicht als fester Besitz verstanden werden, sondern als etwas, das dauernd wiederhergestellt werden muss. In diesem Zusammenhang ist von großer Bedeutung, Kindern und Jugendlichen Demokratie als etwas Wertvolles und Erstrebenswertes erfahrbar zu machen. Junge Menschen haben in unserer Gesellschaft nur wenige Möglichkeiten, echte Mitgestaltung und Mitbestimmung zu erleben. Kinder- und Jugendbeteiligung ist daher ein wichtiger Baustein der Demokratieförderung.

Friederike Bartmann
Pädagogische Referentin der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

► Enter deine Rechte! – Projekt der Stadt Monheim

Passend zum Thema des Monheimer Stadtfestes 2015 „Rheinpiraten Ahoi“ und unter dem Projekttitel „Enter Deine Rechte – Monheimer Kinder bunt, stark und frei!“ waren alle Kinder und Jugendlichen eingeladen, sich mit ihren Rechten bekanntzumachen und sich kreativ mit der UN-Kinderrechtskonvention auseinanderzusetzen. Für die Umsetzung des Projekts konnten 11 Kindergärten und 7 Grundschulen gewonnen werden, insgesamt nahmen 300 Kinder von 46 Jahren und 1.200 Kinder von 611 Jahren teil. Auch Kinder mit Förderbedarf und Migrationshintergrund waren dabei.

Als weitere Projektpartner waren neben zahlreichen Künstler/-innen auch Mitarbeiter/-innen von UNICEF an Bord, die alle Kinder über ihre Kinderrechte in Unterrichtseinheiten aufklärten.

In den Kindertagesstätten wurden die Kinder (46 Jahre) unter Anleitung einer Künstlerin bzw. eines Künstlers zwei Stunden in die Kinderrechte eingeführt. Das Motto lautete hier: „Ich bin bunt und frei“. Kindgerecht wurde erarbeitet, welche Rechte man hat, sich wohl, zufrieden und munter zu fühlen. Dazu gehört nach Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf Ruhe, Freizeit, Spiel und freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben. Als Symbol für dieses Recht gestaltete jedes Kind einen farbenfrohen, einzigartigen Fisch, der auf dem Stadtfest als bunter Schwarm der jeweiligen Einrichtung präsentiert wurde.

In den Grundschulen arbeiteten die Kinder (611 Jahre) zu dem Titel „Piratenstark für mein Recht“. Für das Kunstprojekt wurde in drei Unterrichtsstunden der symbolische Charakter eines Piraten herausgestellt. Jedem Kind wünscht man schließlich einen gesunden Egoismus, Entdeckergeist und Raum für die eigene Gestaltung. Das Überthema „Pirat“ in Verbindung mit den Kinderrechten bot große künstlerische Interpretationsfläche. Unter Anleitung eines Künstlers/einer Künstlerin gestalteten die Kinder ihren Piratencharakter, symbolisch für das ihnen wichtigste Recht. Die aus Holz hergestellten Figuren durften zusammengesetzt, bemalt, beklebt, „angezogen“ und mit allerhand Accessoires ausgestattet werden. Die entstandenen Kunstwerke wurden im Rahmen des Stadtfestes präsentiert.

Die hohe Anzahl der beteiligten Kinder und Jugendlichen macht die Dimension des Projektes deutlich und zeigt, dass die Projektidee mit zahlreichen Kindern in verschiedenen Einrichtungen erfolgreich durchgeführt werden konnte. Das übergeordnete Thema „Kinderrechte“ spricht alle Kinder an und vereint sie, denn alle Kinder haben Rechte, egal wo sie sich aufhalten und wie ihre Lebensbedingungen sind. Dadurch konnten alle Kinder gleichermaßen angesprochen und über dieses Thema mit Kunst in Berührung gebracht werden. Die künstlerischen Anforderungen wurden im Sinne der Inklusion allen Kindern spielerisch nahegebracht und in der Umsetzung waren die Kinder frei in der Gestaltung und Ausführung. Durch die kooperierende Arbeit entstanden nicht nur zahlreiche Kunstwerke, sondern 1.500 Kinder erfuhren, dass sie eigene Rechte haben und konnten diesen durch Kunst Ausdruck verleihen.

Friederike Bartmann
Pädagogische Referentin der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

► Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung – Ein Präventionsprojekt der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW

Der zeitgenössische Salafismus ist ein Phänomen, das seit einigen Jahren die Öffentlichkeit zunehmend beschäftigt. Im Brennpunkt der Wahrnehmung stehen dabei junge Menschen, deren extremistische Karrieren zur Ausreise in das syrische Kriegsgebiet führen. Um Jugendliche vor solchen Entscheidungen zu bewahren, hat das Land NRW bereits wichtige Strukturen im Bereich der Intervention und Deradikalisierung geschaffen. Um dem Phänomen und den von ihm ausgehenden Gefahren auf allen Ebenen nachhaltig zu begegnen, müssen diese Maßnahmen flächendeckend durch primärpräventive Angebote ergänzt werden. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, gefördert vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, ist daher 2015 in der AJS das Präventionsprojekt „Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“ angelaufen. In Anspielung auf Plan B signalisiert der Name: Es geht hier nicht um sicherheitspolitische Fragen, die so oft im Zentrum der Debatte stehen. Das Projekt setzt viel früher an: Mit P wie Primärprävention. Dafür müssen wir den Blick auch auf unsere Gesellschaft zurückrichten und fragen: Was macht solche Angebote für Jugendliche attraktiv? Was bieten ihnen radikale Gruppen, was wir als Gesellschaft ihnen nicht bieten? Was können wir tun, um unsere Jugendlichen vor solchen Angeboten und ihren negativen Folgen zu schützen und sie im Vorfeld zu stärken? Mit seiner empowernden Perspektive auf aktuelle Gefahrenlagen kommt dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in diesem Kontext eine besondere Bedeutung zu.

Hier setzt Plan P. an. Leitziel des Projektes ist es, ein landesweites Kompetenz- und Beratungsnetzwerk innerhalb der Regelstrukturen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zu etablieren. Konkret sollen in allen Kommunen/Jugendamtsbezirken Fachkräfte zu zentralen Ansprechpersonen weitergebildet werden, die vor Ort kompetent beraten, schulen und ggf. weiterver-

mitteln können. Das Herzstück der Projektarbeit ist die sechsstägige Weiterbildung zur Fachkraft für die Prävention salafistischer Radikalisierung, die 2017 dreimal jährlich stattfindet. Sie führen drei Module – ERKENNEN, VERSTEHEN, HANDELN – schrittweise an das Phänomen salafistischer Jugendsubkultur heran und vermitteln das nötige Wissen, um den neuen Herausforderungen angemessen und mit differenziertem Blick zu begegnen sowie präventive Projekte und Netzwerke zu initiieren. Entsprechend den multidimensionalen Ursachen von Radikalisierung sind die Möglichkeiten hier sehr vielfältig. Theologische Gegennarrative, Elternarbeit, aufsuchende Sozialarbeit, junge muslimische Empowerment-Projekte, Kunst- und Sportprojekte, emanzipatorische Jungen- und Mädchenarbeit, Demokratieerziehung, Online-Kampagnen – sie alle können einen Beitrag dazu leisten, Jugendliche gegen Anwerbeversuche und Ansprachen durch radikale Gruppen stark zu machen.

Den Absolvent/-innen der Weiterbildung – seit 2016 haben Fachkräfte aus über 40 Kommunen teilgenommen – bietet das Projektteam im Anschluss umfassende Unterstützung. Dazu gehören die laufenden Informationen über den Plan P.-Newsletter, fertige Fortbildungs- und Workshopmodule zur freien Verwendung, Materialien zur lokalen Verbreitung sowie kostenlose Referententätigkeit und personelle Unterstützung bei Veranstaltungen vor Ort. Darüber hinaus lädt das Projektteam zweimal jährlich zu einer Netzwerktagung ein, die spezifische Themenaspekte vertieft und die Möglichkeit bietet zu kollegialem Austausch und landesweiter Vernetzung.

Alternativ oder ergänzend zu diesem Weiterbildungsprogramm bietet das Projektteam auf Nachfrage auch ein Sensibilisierungsmodul (dreistündig oder sechsstündig) an, das vor Ort kompakt über das Phänomen und primärpräventive Möglichkeiten aufklärt. ■

Nora Fritzsche

Fachreferentin der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V.



Mehr Informationen:

<http://www.ajs.nrw.de/idz-sekten-psychokulte/plan-p/>

Stefanie Rack

Fakt oder Fake

Informationskompetenz als Bedingung gelingender Demokratie

Die Informationsflut im Internet ist unermesslich groß. Um diese News analysieren zu können, bedarf es gewisser Kernkompetenzen. Die Autorin beschreibt, wie diese erlangt werden können.

► Manipulationsvorwürfe durch Social Bots im US-Wahlkampf, ein Flüchtlings-Selfie mit der Bundeskanzlerin, das immer wieder in faktisch falschen Kontexten in Sozialen Netzwerken auftaucht, und die neueste Funktion bei Facebook, Falschmeldungen als solche markieren zu können: Fake-News – bewusst gestreute Falschmeldungen – sind derzeit in aller Munde. Vor allem die rechtsextreme Szene benutzt gezielt Falschmeldungen mit dem Ziel, durch reißerische Schlagzeilen und Bilder eine möglichst hohe Anzahl an Klicks zu generieren und Meinun-

gen in eine gewünschte Richtung zu manipulieren. Mit der Verbreitung skandalisierender Beiträge wollen die Betreiber negative Emotionen gegenüber bestimmten Gruppen wie Migranten oder freiheitlich demokratischen Werten schüren. Da sie an gängige Vorurteile und Ängste, wie bspw. eine steigende „Ausländerkriminalität“ und „Überfremdung“ anknüpfen, wird ihr Wahrheitsgehalt selten überprüft und viele der Nachrichten werden viral.

■ ■ ■ ■ ■ THEMA

Fast bezeichnend für diese Entwicklung ist das Wort des Jahres 2016: „postfaktisch“. Das Kunstwort verweist darauf, dass es in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen heute zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht. Und jüngst hat Kellyanne Conway, die Beraterin des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, im Zusammenhang mit den Besucherzahlen der Inaugurationsfeier einen neuen aufsehenerregenden Begriff geprägt: „alternative Fakten“. Ob er zum Wort oder Unwort des Jahres 2017 taugt?

Eine Qualitätskontrolle und die Verifizierung von Informationen wird aufgrund des Graswurzeljournalismus im Social Web, also der Tatsache, dass Informationen heute nicht mehr nur durch große Nachrichtenorgane, sondern auch durch Blogger oder Einzelpersonen in Sozialen Netzwerken gestreut werden, generell immer schwieriger. Den beiden Schlüsselkompetenzen Informationskompetenz und Quellenkritik kommt daher eine neue Bedeutung zu, denn die Überprüfung von Inhalten und Quellen werden unweigerlich immer wichtiger, um sich eine unabhängige Meinung zu bilden – eine Grundlage für das Leben in einer Demokratie.

Das Internet – ein Katalysator für Fake News

Im Internet verbreiten sich Falschmeldungen (Fake-News oder Hoaxes) als Text-, Bild- oder Videoformat besonders schnell und werden oft unreflektiert geteilt und kommentiert. In vielen Fake-News wird der Kontext einer Meldung bewusst ausgeblendet oder einzelne Inhalte daraus überspitzt, Fotos und Videos manipuliert oder aus dem eigentlichen Zusammenhang gerissen.



Angeblich handelt es sich hier um eine News-Seite tatsächlich ist es Stimmungsmache. Screenshot: Facebook (abgerufen am 16.01.2017)

Solche Fake-News erzielen eine enorme Reichweite, werden häufig geteilt, sodass die manipulierten Informationen immer wieder in den Timelines Sozialer Netzwerke auftauchen und ihnen stetig mehr Menschen Glauben schenken. Falschmeldungen werden immer professioneller aufbereitet und selbst Journalisten fällt eine Unterscheidung manchmal schwer. Anbieter von Falschmeldungen (Fake-News-Content-Farms) platzieren sie weit vorne in Suchmaschinen, um Werbegelder zu verdienen. Eine Qualitätskontrolle und die Verifizierung von Informationen werden daher immer schwieriger.

Wie sich Jugendliche im Netz informieren?

Kindern und Jugendlichen steht die digitale Welt mit ihrem Informationsreichtum offen. Der JIM-Studie 2016 zufolge haben fast alle der befragten Jugendlichen einen Internetzugang. Ein Großteil der 12- bis 19-Jährigen verwendet Online-Suchmaschinen, um sich zu informieren. Es folgen YouTube-Videos, Soziale Netzwerke und Wikipedia als die beliebtesten Informationskanäle. Nur ein geringer Teil der befragten Jugendlichen greift bei der Informationsbeschaffung auf journalistische Nachrichtenportale zurück. Angesichts der digitalen Informationsflut wird es immer schwieriger, die dargebotenen Informationen zu filtern und deren Wahrheitsgehalt und Relevanz zu erkennen. In einer aktuellen Studie der Universität Stanford konnten zahlreiche Schülerinnen und Schüler fundierte Nachrichten nicht identifizieren. Anstatt auf Quellen zu achten, vertrauten sie vor allem detailreichen Texten und Bildbelegen. Sie konnten zudem nicht begründen, warum sie kritisch oder misstrauisch mit bestimmten Inhalten umgehen sollten.

Informationskompetenz und Quellenkritik als Kernkompetenzen

Ein kritischer Umgang mit Informationen ist heute wesentlich und die Informationskompetenz eine Kernkompetenz im zunehmend auch digitalen Schulalltag. Wie können jedoch Eltern und Lehrende die Informationskompetenz von Kindern und Jugendlichen fördern?

Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sollten Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, ein kritisches Bewusstsein gegenüber Informationen aus dem Web zu entwickeln. So kann es hilfreich sein, mit Heranwachsenden zu klären, warum sie bisher auf bestimmte Links geklickt haben. Sie sollten verstehen, dass automatisierte oder im Suchmaschinen-Ranking weit vorne angezeigte Ergebnisse nicht zwangsläufig die besten sind.

Die folgenden 4 Schritte helfen bei der Analyse einer Quelle:

- 1. Quelle:** Überprüfen, wer hinter einem Inhalt steckt! Ein Blick auf die Autorin/den Autor oder ins Impressum einer Website sollte zeigen, wer hinter dem Inhalt steht (Parteilichkeit, Kompetenz, Intention). Fehlt eine Adresse oder ist ein Postfach im Ausland angegeben, sollte das kritisch hinterfragt werden.
- 2. Fakten:** Stimmt das, was behauptet wird? Nicht alles ist wahr! Wird das Thema auf anderen Seiten ähnlich aufgearbeitet oder erscheint es sogar exakt im gleichen Wortlaut? Kopierte Inhalte deuten auf unseriöses Copy & Paste-Verhalten hin. Texte, die verkürzt nur auf Schlagzeilen beruhen, wenig Inhalt und viel Meinung präsentieren, sollten mit Vorsicht beurteilt werden.

3. Bilder: Überprüfen, ob das verwendete Bild wirklich zum Text gehört oder bearbeitet ist. Bei Falschmeldungen werden oft Bilder aus anderen Kontexten verwendet. Eine Rückwärts-Bildersuche, beispielsweise über <https://www.google.de/images> (Bild hochladen), kann helfen, dem Original auf die Spur zu kommen.

4. Aktualität: Aus welcher Zeit stammen die Informationen? In Suchmaschinen hilft ein voreingestellter Filter (bei Google in der „erweiterten Suche“ zu finden), der den Zeitraum der Ergebnisse einschränkt, die neusten Informationen zu einem Thema zu finden.

Widersprechen, Melden, Blockieren – Aktiv werden gegen antidemokratische Haltungen und Inhalte

Neben den beschriebenen methodischen Kompetenzen ist es wichtig, bereits junge Internetnutzer für manipulative Mechanismen zu sensibilisieren und ihnen Methoden an die Hand zu geben, wie sie sich für Toleranz und Mitmenschlichkeit und gegen Hass und Hetze im Social Web stark machen können. jugendschutz.net, das Kompetenzzentrum für den Jugendschutz im Internet, schlägt auf dem Faltblatt „Achtung Hinterhalt!“ vor, manipulativen Hassinhalten durch Counter Speech aktiv entgegenzutreten. Außerdem ist es wichtig, sich über behauptete Sachverhalte, wie z. B. Zahlen zu gestiegener Ausländerkriminalität, auf seriösen Seiten wie hoaxmap.org oder www.bpb.de zu informieren, um argumentativ gewappnet in eine Auseinandersetzung gehen zu können. Bei strafrechtlichen Verletzungen wie Drohungen, Verleumdungen oder Volksverhetzung empfiehlt es sich, den entsprechenden Post oder das Profil bei dem Anbieter des genutzten Dienstes sowie unter <http://www.hass-im-netz.info/> zu melden. ■

Quellen:

Jim Studie 2016: <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2016/> (abgerufen: 15.03.2017).

jugendschutz.net: Faltblatt „Achtung Hinterhalt“: http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/hass_im_netz/documents/Achtung_Hinterhalt_Bildschirmversion.pdf

Rack, Stefanie: „Fakt oder Fake? Wie man Falschmeldungen im Internet entlarven kann“: www.klicksafe.de/klicksafe-to-go.

Studie Stanford University: <http://www.wsj.com/articles/most-students-dont-know-when-news-is-fake-stanford-study-finds-1479752576> (abgerufen: 15.03.2017).

Arbeitsblätter, Links und weitere Anregungen für die Schule und außerschulische Jugendarbeit zum Thema Fake News finden Sie unter www.klicksafe.de/klicksafe-to-go.

Stefanie Rack ist Referentin bei der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz und in der EU-Initiative klicksafe tätig. Sie ist Grund- und Hauptschullehrerin sowie Medienpädagogin und arbeitete vorher freiberuflich. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt ist die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien und die Koordination des klicksafe Youth Panels.

THEMA

Wolfgang Beutel / Maximilian Bubinger / Mario Förster

Demokratielernen und Jugend

Beispiele aus dem Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“

Demokratisches Lernen als grundlegender Bildungsauftrag ist in allen pädagogischen Berufsfeldern noch nicht hinreichend verankert. Das „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ bündelt seit 1989 Projekte aus Schule und Jugendarbeit, um demokratische Haltungen und Kultur zu stärken. Im Folgenden werden zwei Projekte vorgestellt.

► Der 15. Kinder und Jugendbericht der Bundesregierung stellt fest: „Es ist eine der wichtigsten (und auch demokratieförderndsten) Forderungen, diejenigen partizipieren zu lassen, die quasi direkt ‚betroffen‘ sind, [...] um die es eigentlich geht.“¹ Gemeint sind damit Kinder und Jugendliche, aber auch junge Erwachsene. Der Bericht stellt zudem fest, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in institutionellen Kontexten bisher kaum möglich ist. Deshalb wird eine grundlegend konzeptionelle Verankerung von Beteiligung vor allem auch in den Schulen empfohlen.² Zum wiederholten Male wird hier formuliert, was seit langem bekannt ist: Schule ist nicht schon deshalb demokratisch, weil sie in Deutschland durch demokratische Gesetze geregelt ist und darin Regelungen zur Mitbestimmung der Beteiligten etabliert sind. Wenn also die Institution Schule und auch andere Bildungseinrichtungen „demokratisiert“ werden müssen, muss benannt werden: Wie lernen Kinder und Jugendliche Demokratie? Und warum muss das gelernt werden, was wir doch in der Demokratie alltäglich (er)leben?

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Die Demokratie als politische Verfassung, vor allem aber als gesellschaftliche Kultur sowie als Ordnungsgröße subjektiven Verhaltens und alltäglichen Umgangs der Menschen untereinander ist uns genetisch nicht gegeben – sie ist eine kulturelle Errungenschaft und als solche auf ständige Erhaltung und Reproduktion im generativen Umgang aller Menschen in einer Gesellschaft natürlicherweise angewiesen: Demokratie ist nicht angeboren, sondern muss erlernt werden. Demokratie erfordert Mitmachen, Handlungswille und -bereitschaft, Kommunikation, Konflikt- und Kompromissfähigkeit – all diese Dinge müssen im Alltag gelebt, gelernt und kultiviert werden. Bildung ist deshalb auch die Aufgabe, die Kompetenzen zu vermitteln, die Voraussetzungen für die Teilhabe an der gegenwärtigen Gesellschaft sind. In der Sozialen Arbeit und der Jugendhilfe ist es ein Gemeinplatz, dass Bildung vor allem auch Erziehung zu Teilhabe ist und sich nicht darin erschöpfen darf, gesellschaftlich verwertbares Humankapital zu schaffen.³ Nur so kann – gerade in der gegenwärtigen Krisen-



lage der westlichen Demokratien in Europa – verhindert werden, „[...] in bildungsfeindliche, autoritäre Strukturen überwundener Gesellschaftsformationen zurückzufallen.“⁴

Das demokratische Modell befindet sich in einer gefährdeten Situation. Einerseits sprechen wir seit der Auflösung der politischen Ost-West-Block-Konfrontation von einem „Siegesszug der Demokratie“⁵. Andererseits ist mit dem Höhenflug gegenwärtiger populistischen Politik in den westlichen Demokratien – Amerika, Frankreich, Italien, Ungarn, Polen, England und mit der Etablierung der AfD nunmehr auch in Deutschland haben dafür unterschiedliche, aber stets demokratiegefährdende Parteien, Bewegungen und Handlungsformen ausgebildet – eine Dominanz eines vermeintlichen Mehrheitswillens sichtbar geworden, der die Demokratie auf eine Homogenisierung von Entscheidungsinteressen und die Exklusion von meinungsdifferenten Gruppen verkürzt und dabei elementaren Normen und Grundlagen der Demokratie widerspricht (Minderheitenschutz, universell gültige Menschenrechtsbindung, freie Presse und Meinungsvielfalt), denen die moderne Demokratie im Grundsatz verpflichtet ist. Manche Autoren sehen bereits das mögliche „Ende der Demokratie“⁶, erkennen jedenfalls eine massive Gefährdung, die die aktuelle demokratiepolitische Entwicklung der westlichen Systeme aus sich selbst heraus vorbringt. Immer wieder wird dabei ein umfassendes „Bildungsprogramm“⁷ gefordert, um Demokratien vor einem sich normfrei gebärdenden Mehrheitswillen selbst zu schützen.

Klar ist: Die Akzeptanz und die Unterstützung der Demokratie setzen einerseits fundiertes Wissen und andererseits individuell wirksame positive Erfahrungen mit demokratischen und partizipativen Verhältnissen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen voraus. Dass die demokratische Erfahrungsqualität in pädagogischen Institutionen und das fachliche Lernen von Politik und Demokratie für demokratische Gesellschaften grundlegend sind, wird heute kaum mehr in Frage gestellt. Es zeigt sich jedoch auch im Kontext dieser Europa und den Westen betreffenden Diagnosen und Entwicklungen, dass die demokratische Gesellschaft in Deutschland vor vielfältigen Herausforderungen steht. Seit etwa zehn Jahren lässt sich zudem in der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung beobachten, dass die Demokratie als politische Struktur mit ihren Einrichtungen und vor allem mit einer zugehörigen demokratischen Praxis und Kultur weltweit zurückgeht: So wird von einer „Rezession der Demokratie“⁸ gesprochen.

Daher gilt, dass jede pädagogische Profession ihren möglichen eigenen Beitrag zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Demokratie reflektieren sollte, denn es wird deutlich, dass der Bestand und die stetige Entwicklung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Errungenschaften „unendlichen Aufgabe(n)“⁹ gleichen.

Um prodemokratisches Wissen sowie entsprechende Werthaltungen und Handlungskompetenzen aufzubauen und zu fördern, muss schulische und außerschulische Bildung möglichst viele Lerngelegenheiten und Bildungsangebote aufgreifen und ggf. auch neu entwickeln. Politische Bildung und die Demokratiepädagogik können jedoch nicht als „gesellschaftspolitische Feuerwehr“ wirken und Probleme sowie Konflikte alleine lösen, deren Gründe in Gesellschaft und Politik selbst liegen. Hinzu kommt, dass auch in Nordrhein-Westfalen in den Ausbildungsphasen und der alltäglichen Praxis demokratisches Lernen als grundlegender Bildungsauftrag aller pädagogischen Berufsfelder noch nicht hinreichend verankert ist. Zwar ist etwa der Umgang mit Vielfalt und deren Anerkennung für professionelle Akteure in pädagogischen Arbeitsfeldern eine Grundlagenkompetenz ihres Berufsfeldes, doch ergibt sich das eben nicht zwingend durch die berufliche Qualifikation¹⁰. Oftmals bleibt Demokratie- und Menschenrechtsbildung daher abseits fachlicher Lehrinhalte punktuell und an der Oberfläche einseitiger Belehrung. Für das Lernen von und für die Demokratie ist aus demokratiepädagogischer Sicht¹¹ jedoch Erfahrung und Handeln maßgeblich.

Wir möchten – ausgehend von zwei schulpraktischen Beispielen aus dem **Förderprogramm Demokratisch Handeln** – exemplarisch zeigen, welche Möglichkeiten demokratiepädagogischer Bildung es an Schulen und in Projekten bereits gibt und welche Chancen für eine prodemokratische Bildung sich daraus ableiten lassen.

Wettbewerb Demokratisch Handeln Ein Förderprogramm für Jugend und Schule

Seit 1989 sucht und bündelt der Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ Projekte demokratischen Erfahrungslernens aus Schule und Jugendarbeit. Er will demokratische Haltungen und demokratische Kultur stärken. Entscheidende Anlässe für diese bundesweiten Initiative waren unter anderem die Gründung und Etablierung der rechten Partei der „Republikaner“ in den 1980er Jahren, die seinerzeit erstmals auch jugendliche Wählerinnen und Wähler gefunden hatte sowie die damals besonders ausgeprägte kognitive Orientierung des Lernens an den Schulen insbesondere in den Sekundarstufen. Demokratie als Praxis und Lernen durch Erfahrung waren die zwei Kernanliegen der Initiative und sind das wesentlich bis heute geblieben.

Seit Beginn des Förderprogramms haben sich bundesweit über 6.000 Schulen, Projektgruppen, Initiativen sowie einzelne Kinder und Jugendliche beteiligt, in deren Arbeit sich ein weites Feld an Themen widerspiegelt. Von den jährlich rund 220 bis 270 Wettbewerbseinsendungen werden 50 bis 60 Projekte von einer Jury ausgewählt und zur Teilnahme an der „Lernstatt Demokratie“ eingeladen. Bei dieser vom Förderprogramm gestalteten und finanzierten Vier-Tages-Werkstatt-Veranstaltung können die Preisträgerinnen und Preisträger die Ergebnisse ihre Projekte präsentieren und gemeinsam mit anderen Teilnehmenden und Expert/-innen an Themen und Formen demokratischen Engage-

ments arbeiten. Um jedes Engagement zu würdigen, werden alle eingesandten Projekte zusätzlich in einem jährlich erscheinenden Buch sowie in einer online zugänglichen Datenbank veröffentlicht. Überdies pflegt das Förderprogramm mit regionalen Partnerinnen und Partnern in vielen Bundesländern vielfältige Arbeits- und Präsentationsveranstaltungen zur Entwicklung und Förderung des Demokratielernens in Schule und Jugendbildung. Entscheidend sind die Priorität praktischer Erfahrung zum einen und zum anderen die stetige Beteiligung von Lehrenden und Lernenden an der Auswertung, Reflexion und Weiterentwicklung der Praxiskonzepte. Demokratie – so könnte man sagen – ist immer und fordert eine empirisch-praktische Gleichberechtigung aller derer, die sich in dem Feld innovativ bewegen – so wie in der politischen Demokratie jeder Stimmberechtigte Anspruch auf Mitwirkung geltend machen kann, unabhängig von Bildung, Einkommen und Lebenspraxis.

Projekt „Ich bin die Wahl“

Was heißt es, eine Wahl zu haben? Was bedeutet Demokratie und was ist Meinungsfreiheit? Für was will ich mich einsetzen? Dies sind Fragen, die sich Jugendliche in Bremen stellen. Die Bürgerschaftswahl des Zwei-Städte-Landes im Mai 2015 gibt ihnen den Anlass, sich künstlerisch mit dem Thema „Ich bin die Wahl“ auseinanderzusetzen. Durch Presseartikel, Rundmails und die gezielte Ansprache in Übergangswohnheimen für Geflüchtete werden 15 Jugendliche für das Projekt begeistert. Die zum Teil erst seit kurzem in Deutschland lebenden 14- bis 22-Jährigen beschäftigen sich mit politischen Aufgaben und Arbeitsfeldern sowie mit Parteien. Während einer Arbeitswoche in den Osterferien untersuchen sie Abbildungen auf Wahlplakaten sowie die damit verbundenen Ziele der Parteien. Darüber hinaus betrachten sie, wie die Parteien diese Ziele verfolgen und umsetzen. Zusammen mit Künstlerinnen konzipieren die Teilnehmenden eigene Wahlplakate und Wahlwerbepots. Von ihrer eigenen Lebenswelt ausgehend formulieren sie selbst politische Ideen und Forderungen und verfilmen diese. Die Ergebnisse und Erarbeitungen stellen sie in der „galerie mitte“ in Bremen aus und präsentieren sie in der Bremischen Bürgerschaft. Die Projektteilnehmer werden durch den Kultur- und Bildungsverein KUBO e.V. und „CreaClic“ – kreative Medienpädagogik Bremens begleitet.

Sowohl die Anwendung verschiedener Methoden der demokratischen Teilhabe als auch die Auswahl brisanter politischer Themen stärken die Demokratiekompetenz der Jugendlichen. Durch die filmische Aufarbeitung und Ausstellungskonzeption fördern sie nicht nur ihre Medienkompetenz, sondern bekommen einen Einblick in die sie unmittelbar betreffende politische Struktur. Die Jugendlichen arbeiten außerhalb der Schule ein politisch-humanistisches Thema von hoher Tragweite für sich und ihre Umwelt nachhaltig auf. Dadurch erfahren sie nicht nur Selbstwirksamkeit, sondern können ihre Arbeit reflektieren und auf Basis fundierter Informationen ihren eigenen Standpunkt formulieren.

Projekt „Willkommen in Bielefeld! – Ein Stadtführer von Jugendlichen für Jugendliche“

Die Luisenschule Bielefeld ist eine Realschule mit drei internationalen Klassen. In diesen Klassen erhalten Lernende mit gerin-

gen Deutschkenntnissen eine besondere Förderung, damit sie möglichst schnell in die Regelklassen integriert werden können. Meist sind die Kinder und Jugendlichen erst seit kurzem in Bielefeld und kennen sich daher noch wenig aus. Durch die internationalen Klassen ist das Thema „Flucht“ für die Schülerschaft von besonderer Wichtigkeit. In der AG „Politik vor Ort“ setzen sich die Teilnehmenden mit selbstgewählten, aktuellen politischen Fragen auseinander. Die AG ist zugleich Teil des Modellprojekts „Jugend für Politik gewinnen“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Sie entscheiden sich für ein Projekt, mit dem sie ihren Mitschülerinnen und Mitschülern mit Fluchterfahrung das Ankommen in Bielefeld erleichtern wollen. Es entsteht die Idee, einen jugendlichen Stadtführer zu gestalten. Für die Umsetzung des Vorhabens beschäftigen sich die AG-Mitglieder mit diesen Fragen: Was wird in unserer Stadt für Jugendliche angeboten? Welche Orte suchen Jugendliche gerne auf? Welche Orte sind historisch bedeutsam? An welchen Orten in Bielefeld können Jugendliche politisch Einfluss nehmen?

Da sie nicht alle Fragen eigenständig beantworten können, nehmen sie Kontakt zur lokalen Politik auf. In zwei Stadtpaziergängen stellt jeweils ein Politiker den Jugendlichen den Ort vor und erläutert deren Bedeutung, sodass auf diese Weise viele Informationen und Ideen gesammelt werden. In den folgenden Monaten wird der Stadtführer in einem demokratischen Prozess konzipiert und gestaltet. Die Jugendlichen haben volle Entscheidungshoheit über die Inhalte und Gestaltung des Stadtführers und wägen verantwortungsvoll miteinander ab, welche Inhalte genutzt werden. Damit der Stadtführer für alle gut verständlich ist, verfassen die Jugendlichen die Texte in „leichter Sprache“. Kurz nach Abschluss des ersten Halbjahres kann der Stadtführer in den internationalen Klassen verteilt werden und im Frühjahr stellen die Schülerinnen und Schüler den Stadtführer in der Landeszentrale für politische Bildung vor. Für die Zukunft plant die Schülervertretung kleine Führungen zu den aufgeführten Orten.

Die Jugendlichen zeigen mit dem Stadtführer hohe soziale Kompetenz: Sie übernehmen Verantwortung für die geflüchteten Mitschülerinnen und Mitschüler, indem sie mit dem Stadtführer einen Willkommenspunkt schaffen, der die Identifikation mit der neuen Heimat erleichtern soll. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AG schärfen durch den intensiven Kontakt mit Geflüchteten und Politikern ihre Urteilsfähigkeit und zeigen Achtsamkeit. Das gelebte Miteinander-Füreinander demonstriert ein großes Maß an Demokratiekompetenz.



Engagement für Demokratie und Politik

Betrachtet man diese beiden Projekte im Kontext der programmspezifischen Bedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten von „Demokratisch Handeln“, zeigt sich zunächst, dass das Programm vor allem Aspekte und Wirkungsbedingungen demokratiepädagogischer Intervention in Schule und jugendpädagogischen Kontexten sichtbar machen kann. Zugleich lässt sich auch erkennen, dass die Projekte sowohl inhaltlich als auch mit Blick auf die Reflexionstiefe der Beteiligten eine erhebliche Förderwirkung entfalten können, denn die Entwürfe zu den Projektportraits, entstanden in Zusammenarbeit mit den Projektgruppen, wurden in einer Ausstellungspräsentation auf der Lernstatt Demokratie verwendet und führten zu vertiefenden Gesprächen zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften aus anderen Projektkontexten. Die Projektportraits münden in eine Art kommunikativer Validierung und verbesserter Außendarstellung – vertiefen also das Lernen und eine damit verbundene Praxiswirkung in mehreren Dimensionen. Das alleine kann eine einzelne Projektgruppe oder auch nur eine Schule für sich nicht ohne Weiteres leisten. Zugleich eröffnen sie dokumentierbare Wirkungsräume für gewaltpräventive und demokratieförderliche Projektmöglichkeiten in der Schule generell. In dieser spezifischen Form einer schulverbindenden und auf die Schulqualitätsentwicklung einwirkenden Darstellung und Publikation von guter Projektpraxis demokratischen Lernens liegt eine ganz spezielle Wirkung des „Förderprogramms Demokratisch Handeln“.

Das Programm kann alleine in NRW inzwischen auf einen dokumentierten Erfahrungsschatz von über 700 Projekten blicken.¹² Eine Vielzahl der Einsendungen zeigt auf, dass gerade im Bereich der präventiven Bildungspraxis die Projektarbeit als besonders demokratieförderliche Methode geeignet erscheint, Themen auch in ihrer größtmöglichen Komplexität zu behandeln. Im Fachunterricht allein ist das aufgrund der zeitlichen Beschränkung nur selten möglich. Vorzüge projektorientierter Bildungsarbeit sind beispielsweise die umfassenden und mehrdimensionalen Interaktionsformen, die zur Stärkung der Kommunikation und sozialen Kompetenzen beitragen – insgesamt die Lernenden wesentlich für Projektverlauf, Ergebnissicherung und eine gemeinsame Beurteilung der Endergebnisse in die Verantwortung nehmen. Der Umgang mit Konflikten, Herausforderungen und Schwierigkeiten kann geübt werden und es entstehen Gelegenheiten zur Stärkung von Kompetenzerfahrung, Autonomie und damit eines positiven Selbstwertgefühls. Das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ kann insbesondere durch die Fülle der dokumentierten und reflexiv mit den Akteuren bearbeiteten Projektdokumentationen zeigen, dass es in der Praxis Schule und Lernen vielfältige Ansätze demokratischen Handelns gibt und gute, reflektierte sowie partizipativ gehaltvolle Projektarbeit einen entscheidenden Ansatz zur Herausbildung und Förderung prodemokratischer Werthaltungen bietet. Auch wenn es hierfür keine evidenzbasierte Nachweise geben kann, belegt es doch eine grundlegende Perspektive der allseits geforderten Bildung und Wissensakkumulation, die eine stabile Demokratie benötigt, die nicht selbst aus sich heraus nur die Gefahr erzeugt, sich abschaffen zu können, sondern Optionen dafür formuliert, sich zu stabilisieren und möglichst zu bewahren! Hinzu kommt: Uns sind bislang wenig Alternativen bekannt! ■



Anmerkungen:

- 1 BMFSFJ 2017, S. 116.
- 2 vgl.: ebd. S.115.
- 3 vgl.: Thiersch 2009, S. 36-37 sowie ebd. S. 50.
- 4 Treptow 2009, S. 22.
- 5 Frevel 2009, S. 126
- 6 Grayling 2016.
- 7 ebd.
- 8 Diamond et al. 2016, S. 60.
- 9 Heil/Hetzel 2006.
- 10 vgl.: Bischoff/König/Zimmermann 2013.
- 11 vgl.: Beutel/Fauser/Rademacher 2012.
- 12 vgl.: Beutel/Fauser 2013

Literatur:

- Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.): Demokratie erfahren. Analysen, Berichte und Anstöße aus dem Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Schwalbach/Ts 2013.
- Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter/Rademacher, Helmolt: Demokratiepädagogik. In: Dies. (Hg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik 2012: Aufgabe für Schule und Jugendbildung. Schwalbach/Ts. 2012, 17–38.
- Bischoff, Ursula/König, Frank/Zimmermann, Eva: Mehr Partizipation wagen. DJI Impulse 9(4). München 2013, 20–22.
- Diamond, Larry/Plattner, Marc. F/Walker, Christopher: Authoritarianism goes global. The challenge to democracy. Baltimore 2016.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin 2017.
- Frevel, Bernhard: Demokratie. Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung. 2. Aufl. Wiesbaden 2009.
- Grayling, Anthony Clifford: Die Demokratie zerstört sich selbst. In: ZEIT-online v. 22.11.2016; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/rechtspopulismus-demokratie-donald-trump-brexit-ungleichheit> (Zugriff v. 31.01.2017).
- Negt, Oskar: Der politische Mensch: Demokratie als Lebensform. 2. Aufl. Schriften/Oskar Negt: Bd. 4. Göttingen 2011.
- Thiersch, Hans: Perspektiven der Heimerziehung im Horizont von Bildung und Lebenswelt. In: Hast/Nüsken/Rieken/et al. (Hg.): Heimerziehung und Bildung. Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Frankfurt a.M. 2009, 33–51.
- Treptow, Rainer: Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. In: Hast/Nüsken/Rieken/et al. (Hg.): Heimerziehung und Bildung. Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Frankfurt a.M. 2009, 10–32.

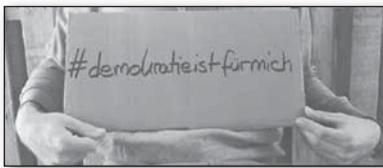
Wolfgang Beutel, Dr. phil., Geschäftsführer des Wettbewerbs „Förderprogramm Demokratisch Handeln“, Lehrbeauftragter an der FU Berlin, Pädagogischer Experte beim „Deutschen Schulpreis“ und Mitherausgeber des „Jahrbuchs Demokratiepädagogik“.

Maximilian Bubinger, studentischer Mitarbeiter am Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“.

Mario Förster, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Qualifizierungsprogramm „Vielfalt und Demokratielernen (ViDem)“ des Förderprogramms Demokratisch Handeln; Mitherausgeber des „Jahrbuchs Demokratiepädagogik“.



Die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V. und die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit NRW e.V. starten im Rahmen des Projekts „Stimme für Respekt. Gegen Extremismus“ unter www.stimmefuerrespekt.de ein neues Webangebot. Die praxisorientierte Online-Informationsplattform unterstützt vor allem Schulsozialarbeiter/-innen darin, Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention im schulischen Kontext zu verankern. Obgleich der Anlass des Projektes im extremistischen Salafismus liegt, geht es inhaltlich ebenso um die Themen Rechtsextremismus/Rassismus und Hate Speech. Die Plattform umfasst dazu die drei Rubriken: Infos, Materialsuche, Projekte.



Die Abteilung Jugendpastoral im Bistum Essen hat eine Internet-Foto-Kampagne für Demokratie gestartet. Inzwischen sind schon viele Fotos unter dem Hashtag #demokratieistfürmich entstanden und hochgeladen worden, aber je mehr Fotos online gehen, umso größer ist die Reichweite, die bis zur Bundestagswahl am 24. September erreicht werden kann. Schreib´ einfach eine persönliche Weiterführung des Satzes ‚Demokratie ist für mich...‘ auf Pappkarton und lass dich damit fotografieren. Anschließend als schwarz-weiß-Foto mit dem Hashtag #demokratieistfürmich bei Facebook oder Instagram posten. Wenn ihr Fotos in der Gruppe macht, macht es noch mehr Spaß, also worauf wartest du noch?“

Infos: <http://jugend-im-bistum-essen.de/projekte/demokratieistfuermich/>



Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)

Kinder- und Jugendarbeit zu rassistischen Orten entwickeln

Anregungen für die pädagogische Praxis in der Migrationsgesellschaft
Düsseldorf 2016

Migrationspädagogik und Rassismuskritik erscheinen vielleicht auf den ersten Blick abstrakt. Die vorliegende Broschüre will diese Begriffe mit Leben füllen und zeigen, dass eine migrationspädagogische und rassismuskritische Praxis umsetzbar ist. Sie soll Mut machen und inspirieren, die eigene Praxis zu reflektieren und weiterzuentwickeln, um adäquate pädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche in der Migrationsgesellschaft anbieten zu können. Den Kern der vorliegenden Broschüre bilden Darstellungen der insgesamt 21 Praxisprojekte ab, die sechs inhaltliche Schwerpunkte einer rassismuskritischen Arbeit in den Vordergrund stellen. Die hier dokumentierten Projekte zeigen die Vielfalt und Kreativität migrationspädagogischer sowie rassismus- und antisemitismuskritischer Kinder- und Jugendarbeit.

Download unter:
www.ida-nrw.de/publikationen/bestellformular/



Paul Nolte

Die 101 wichtigsten Fragen: Demokratie

München 2015

Was heißt überhaupt Demokratie? Sind Wahlkämpfe überflüssige Geldverschwendung? Sind Demokratien zu langsam und unfähig zur nachhaltigen Zukunftsplanung? Ist die Frauenquote undemokratisch? Nutzt oder schadet das Internet der Demokratie? Und hat die Demokratie überhaupt noch eine Zukunft? Ebenso klar verständlich wie auf dem Stand der Forschung erklärt Paul Nolte eines der brennendsten Themen unserer Zeit, von den historischen Grundlagen der Demokratie bis zu ihren aktuellen Trends. Sein Band vermittelt nicht nur elementares Wissen, er lädt auch zum eigenen Weiterdenken ein.



Klaus-Peter Hufer

Argumente am Stammtisch Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus

Schwalbach/Ts. 2016

Stammtischparolen: Sie kommen plötzlich und aus der Mitte des Alltags. Wer darauf reagieren will, fühlt sich häufig überrumpelt und überfordert. Was sind Stammtischparolen? Wie wirken sie? Warum gibt es sie überhaupt? Und was kann ihnen entgegengesetzt werden? Klaus-Peter Hufer zeigt Merkmale, Muster und Handlungsmöglichkeiten bei der Konfrontation mit „Stammtischparolen“ auf und macht Mut, im Alltag couragiert aufzutreten, wenn man mit ihnen konfrontiert wird. Das Buch beruht auf der langjährigen Erfahrung des Autors mit seinem „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“.



Hanna Schott

Angekommen!

Vier Kinder erzählen von ihrem ersten Jahr in Deutschland

Schwarzenfeld 2016

„Wo kommen all die Neuen her? Und warum gehen sie in unsere Schule? Die können doch gar kein Deutsch. Am besten wäre es, man könnte die Neuen selbst fragen. Aber das geht ja schlecht. Sie kommen außerdem aus ganz verschiedenen Ländern. Da kennen sich sogar unsere Lehrer nicht immer richtig aus.“
In diesem Buch erzählen vier Kinder von ihrem neuen Leben: Amir ist mit seiner Familie von Syrien nach München geflohen und lebt heute in einem oberbayerischen Dorf. Kidist ist ohne ihre Familie von Äthiopien bis in ein niedersächsisches Dorf gereist. In Bremerhaven stößt sie auf andere Menschen, die ihre Heimat verlassen haben. Yuna kommt aus Fukushima, Japan. Jetzt ist sie in Düsseldorf zu Hause. Boss ist Roma und kommt aus dem Kosovo. In Leipzig fühlt er sich zum ersten Mal willkommen. Wenn man Deutschland durch die Augen dieser vier Kinder anschaut, sieht alles anders aus – und viele ganz normale Sachen sind plötzlich erstaunlich und sehr lustig!

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und dem Herausgeber geteilt. Die Kommentare sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



Die fünfte Gewalt

■ Sakrosankt waren die Medien auch in der parlamentarischen Demokratie nicht. Die Spiegel-Affäre gilt als Parade-Beispiel für politischen Druck. Man erinnert sich an die Rotfunk-Kampagne gegen den WDR, an politische Einflussnahme über Rundfunkräte und den Telefonanruf eines Bundespräsidenten, der auf der Voicebox des Bild-Chefredakteurs landete. Trotzdem hatten sich die Medien in der alten Bundesrepublik den Ruf als vierte Gewalt im Staate erarbeitet. Der Spiegel galt eine Zeit lang als „Sturmgeschütz der Demokratie“.

Das ist vorbei. Seit einiger Zeit sind die Medien mächtig in der Defensive. Da ist die fortlaufende Denunziation von Rechtsaußen mit dem hämischen Begriff der „Lügenpresse“ (die AfD spricht gerne von „Systempresse“ und diffamiert damit in einem Atemzug die parlamentarisch demokratische Grundordnung mit). Die Erlössituation vieler Medien hat sich verschlechtert. Zunächst wanderten Anzeigenkunden ins Internet ab, weil sie dort mehr Reichweite zu günstigeren Konditionen erzielten. 20 Jahre lang suchten Tageszeitungsverleger nach Geschäftsmodellen, mit denen sie journalistische Produkte trotz der Gratiskultur im Netz vermarkten konnten. Auf sinkende Auflagen ihrer papierernen Produkte reagierten sie mit Effizienzsteigerungen, Vertriebsoptimierung und immer wieder mit Kostensenkungen. Redaktionen wurden ausgedünnt, Korrespondentenstellen gestrichen, Verlage fusionierten. Mit drastischen Folgen für Recherchetiefe, Qualität und Meinungsvielfalt.

Diese Trends machen auch vor dem gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten nicht Halt, deren Überleben weit weniger von Erlösmodellen abhängt als von gesellschaftlicher und politischer Akzeptanz. Die potenziellen Kunden reagieren rational. Warum für Information bezahlen, wenn ich im Netz mehr als genug umsonst erhalte. Der Siegeszug der großen Internetkonzerne, verschärft mit dem Aufkommen von Social Media, hat diese Trends beschleunigt und verschärft.

Jetzt haben wir eine neue Meinungsvielfalt, es gibt gar „alternative Fakten“. Jeder Mensch kann jederzeit ungeprüft alles ihm wichtig Erscheinende in die Welt hinausposaunen – ein Echo ist ihm gewiss, und sei es in der eigenen Filterblase. Eine neue „Macht und Einflussosphäre“ ist entstanden, eine fünfte Gewalt neben der Exekutive, der Judikative, der Legislative und dem traditionellen Journalismus. Diese fünfte Gewalt hat unendlich viele Gesichter. „Sie ist hässlich und grausam, klug und moralisch, mal am Gemeinwesen und einer funktionierenden Demokratie inte-

ressiert, dann wieder zerstörerisch“, schreibt der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen. Mal tritt sie auf als enthemmter brutaler Mob, mal als politische Agitatoren, mal sind es zusammengerottete Trolle, „die einfach nur wüten, spotten, hassen und sich an der Reaktion auf ihre Aggression aufteilen“ (Pörksen). Und natürlich gibt es auch die Idealisten, die Engagierten, die Aufrechten.

Auch wenn die verschiedenen Gruppen keine Ideologie gemeinsam haben, sondern nur die Plattform und die Kommunikationsmittel, die sie nutzen, nämlich soziale Netzwerke und Blogs, Wikis und Websites, Smartphones und schnelle Computer, entfalten sie Macht und Einfluss. Im guten und im schlechten Sinne – die Beispiele sind unzählig. Und schon kann man eine neue Volte in der permanenten digitalen Revolution beobachten. PR-Söldner übernehmen den Kampf um Aufmerksamkeit, man kann Likes und Clicks kaufen, Fans und Follower vortäuschen, Masse suggerieren. Gefakte Accounts und Social Bots lassen sich wie Armeen im Kampf um kommunikative Meinungsmacht steuern und einsetzen.

Demokratie lebt von dem Prinzip der Macht auf Zeit, von der gegenseitigen Kontrolle, vom System des Checks and Balances. Deswegen ist es richtig, wenn der Gesellschaftsvertrag, der die Grundlage einer funktionierenden Demokratie bildet, neu diskutiert und justiert wird. Die Regulierung von Intermediären und virtuellen Plattformen ist schwierig, aber die Diskussion darüber schreitet voran. Gesetzesinitiativen gegen Hate-Speech und Fake News können nicht nur appellativen Charakter haben. Wie aber entfalten sie Wirkung, ohne Meinungsvielfalt, Pressefreiheit, den öffentlichen Diskurs mit zu beschädigen, den sie doch schützen wollen? Nebenbei: Medienbildung ist wichtiger denn je. Doch die fünfte Gewalt lässt sich nicht durch Pädagogik zivilisieren. Die gesellschaftliche Debatte nimmt an Fahrt auf. Der Kampf um Machtanteile im System der Gewaltenteilung wird intensiver. Entschieden ist noch nichts. ■

Markus Lahrman, stellvertretender Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft, Journalist und PR-Dozent, ist Chefredakteur der Zeitschrift „Caritas in NRW“. Davor war er Pressesprecher beim BDKJ-Bundesvorstand. Der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. gehört er als persönliches Mitglied an.



Yvonne Oeffling/AMYNA e.V. (Hg.)

Gar nicht so schwer?!

Aspekte der Prävention sexueller Gewalt in Themenfeldern der Jugendarbeit

Ein schlanker Band mit einem ermutigenden Titel, so der erste Eindruck der neuen Publikation von AMYNA e.V. – Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch. In

fünf praxisnahen Kapiteln werden verschiedene Aspekte der Prävention sexueller Gewalt mit Blick auf die Jugend(verbands)arbeit behandelt.

Die Kapitel werden als „Artikel“ bezeichnet. Dies deutet bereits an, dass die Texte nicht ursprünglich für dieses Buch verfasst wurden. Einen Grundstein bildeten Broschüren, die im Rahmen des Projekts „Präventionsbox“ für den BDKJ Bayern erstellt wurden. Kritisch könnte man anmerken, dass die fünf Kapitel – vielleicht aufgrund dessen – hier etwas losgelöst nebeneinanderstehen bleiben. Der Zielgruppe und der Titelaussage entspricht es allerdings durchaus, das „schwere“ Thema Sexuelle Gewalt in kleinere, „leichtere“ Häppchen aufzuteilen.

Zu diesen Häppchen gehört zunächst das Kapitel: „Hier hört der Spaß auf! Grenzüberschreitungen durch Jugendliche“. Um in der auf Ursula Enders zurückgehenden, im Fachdiskurs etablierten Trias von Grenzverletzungen, Übergriffen und sexualisierter Gewalt zu bleiben, hätte man hier auch schon in der Überschrift von Übergriffen sprechen können, denn darum geht es im Wesentlichen. Wie auch in den folgenden Kapiteln erfolgt zunächst eine kompakte Einführung in das Thema, gefolgt von Tipps für die Prävention.

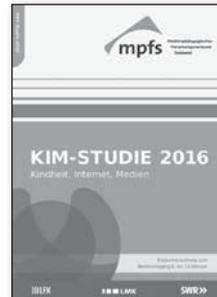
Das zweite Kapitel befasst sich mit einem sehr zentralen Thema für viele Gruppenleitungen: „Das ist kein Spiel mehr! Grundzüge der Spielpädagogik und Möglichkeiten der Prävention von sexueller Gewalt in der Jugendarbeit“. Deutlich wird: Massive Gewaltrituale sind sicher die Ausnahme, aber es ist bei allen Spielen wichtig, sensibel zu sein für deren Bedeutung, Nutzen und Grenzen. In den Blick genommen wird hier nicht nur, was besser nicht gespielt werden soll, sondern auch das präventive Potenzial, das in vielen Spielen steckt. Beispiele werden allerdings leider nur für die kritischen Spiele genannt. Besonders gelungen erscheinen hingegen der Blick auf Kriterien, die Leitungspersonen bei methodischen und didaktischen Entscheidungen helfen können, sowie ein traumasensibler Zugang zum Thema.

Drei weitere, interessante Artikel widmen sich den Themen „Liebe – Wenn aus Gruppenleiter*in und Teilnehmer*in ein Paar wird...“, „Generation Porno, oder was? Einfluss und Wirkung von Pornografie auf Jugendliche“ sowie „Gefällt mir?! Soziale Netzwerke und sexuelle Gewalt“.

Die Autorin, Yvonne Oeffling, Master of Social Management und Dipl.-Sozialpädagogin (FH), ist als pädagogische Mitarbeiterin bei AMYNA tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte dort sind u. a. sexueller Missbrauch in Institutionen und strukturelle Ansätze in der Präventionsarbeit sowie Kinder- und Jugend(verbands)arbeit und sexuelle Gewalt. Ihre Veröffentlichung richtet sich insbesondere an ehren-, neben- und hauptamtlich Tätige in der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit, die in diesem Werk viele hilfreiche Anregungen finden können, wie Prävention wirkungsvoll in ihre Praxis umgesetzt werden kann, ohne zur „Spaßbremse“ (S. 27) zu werden.

Gesa Bertels

114 Seiten, Preis: 15 Euro, ISBN 978-3-934735-163, AMYNA e.V., München 2016.



Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs)

KIM-Studie 2016

Kindheit, Internet, Medien

Die Studienreihe KIM wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs) seit 1999 durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der Sechs- bis 13-Jäh-

rigen in Deutschland ab. Für die KIM-Studie 2016 wurden rund 1.200 Kinder und deren Haupterzieher/-innen im Frühsommer 2016 zu ihrem Mediennutzungsverhalten befragt.

Diese Studie macht insgesamt betrachtet deutlich, dass die Nutzung von Computer und Internet als Mittel zur Wissensvermittlung eher zuhause als in der Schule stattfindet. Eine besondere Rolle bei der Recherche für Schulthemen im Internet spielt auch YouTube. Etwa jeder vierte YouTube-Nutzer sieht sich dort zumindest einmal pro Woche Videos zu Themen aus der Schule an – vor allem gilt dies für Kinder ab zehn Jahren.

Der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest ist eine Kooperation der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK). Die Durchführung der Studie erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk (SWR).

Weitere Informationen des mpfs finden Sie auch im Internet unter www.mpfs.de



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

15. Kinder- und Jugendbericht

Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, hat am 28. Oktober 2014 im Namen der Bundesregierung zwölf Sachverständige beauftragt, den 15. Kinder- und Jugendbericht zu erstellen. Das Thema lautet: „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten - Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“. Im Fokus des im Februar 2017 veröffentlichten Berichtes stehen die altersspezifischen Herausforderungen in der Lebensphase von Kindern und Jugendlichen nach der Altersspanne der Grundschule. Der Kommission gehörten zwölf Sachverständige an.

Gemäß Berichtsauftrag der Bundesregierung (§ 84 SGB VIII) zeichnet der 15. Kinder- und Jugendbericht ein aktuelles Lagebild über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ebenfalls im Fokus steht die Bewertung der Kinder- und Jugendhilfe und ihres Beitrags zu einem gelingenden Aufwachsen junger Menschen in unserer Gesellschaft.

Die Geschäftsführung lag wie in den Berichten zuvor beim Deutschen Jugendinstitut e.V. Zentrale Aufgabe der Geschäftsstelle

war es, die Sachverständigenkommission bei ihrer Arbeit inhaltlich und organisatorisch zu unterstützen und ihr fachlich-wissenschaftlich zuzuarbeiten.

Infos und Download unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/15--kinder--und-jugendbericht/115440>

Der Materialienband zum 15. Kinder- und Jugendbericht mit acht Expertisen ist für 25 Euro über den Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-87966-455-9).



Klaus J. Bade

Migration – Flucht – Integration

Kritische Politikbegleitung von der ‚Gastarbeiterfrage‘ bis zur ‚Flüchtlingskrise‘

Die ‚Flüchtlingskrise‘ ist nicht die erste ‚Krise‘ in Sachen Migration, Flucht und Integration in Deutschland und Europa.

Klaus J. Bade, Begründer der modernen Historischen Migrationsforschung in Deutschland und streitbarer Vertreter der Kritischen Politikbegleitung, blickt zurück. Der Grenzgänger zwischen Migrationsforschung und Migrationspolitik präsentiert eine autobiografische Sicht auf sein kritisches Engagement und eine Auswahl seiner Medientexte und öffentlichen Vorträge - von der ‚Gastarbeiterfrage‘ damals bis zu ‚Flüchtlingskrise‘ und Terrorangst heute. Das Buch bietet Erinnerungen, Bestandsaufnahmen, Kritik und Denkanstöße: Wo stehen wir heute in Sachen

Migration - Flucht - Integration? Worauf müssen wir uns für die Zukunft einrichten? Woran können wir uns orientieren?

624 Seiten, Hardcover, Preis: 32,- Euro, ISBN 978-3-86059-350-9, von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2017.



Arnold Lohaus/Mirko Fridrici/
Holger Domsch

Jugendliche im Stress

Was Eltern wissen sollten

In diesem Buch erfahren Eltern, wie sie gestresste Jugendliche begleiten können und dabei selbst stark bleiben. Konflikte mit anderen Jugendlichen oder den Eltern, Schulprobleme,

körperliche Veränderungen, Umgang mit neuen Medien – die Gründe für Stress im Jugendalter sind vielfältig. Die Pubertät ist eine Umbruchphase mit vielen Verunsicherungen und Neuorientierungen sowohl für die Jugendlichen selbst als auch für ihre Familie. Stress und körperliche Symptome sind nicht selten die Folge. Was aber können Eltern und die Jugendlichen selbst tun, um angemessen mit Stress umzugehen? Arnold Lohaus, Mirko Fridrici und Holger Domsch, ausgewiesene Experten zum Thema Stress bei Jugendlichen, wissen hier Rat. Geschrieben für Eltern, Lehrer, Schul- und Erziehungsberater, Sozialpädagogen.

143 Seiten, Softcover, Preis: 19,99 Euro, ISBN 978-3-662-52861-7, Springer Verlag, Heidelberg 2017.

INFORMATIONEN

Runder Tisch für Gewaltprävention im Jugendverband

Bei Erscheinen dieses Artikels, also Mitte 2017, können wir bereits zum 26. Runden Tisch für Gewaltprävention einladen, der 2010 ins Leben gerufen wurde. Die gemeinsame Initiative vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in NRW und der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW ist in einer Phase entstanden, wo es intensive Überlegungen zur Präventionsarbeit, vor allem zur Vorbeugung von sexualisierter Gewalt, innerhalb der Jugendarbeit gab. In dieser Phase sind die Präventionsstellen der (Erz-) Bistümer eingerichtet worden und die Präventionsvorhaben innerhalb der Jugendverbände haben mehr und mehr Gestalt angenommen.

Doch der Runde Tisch für Gewaltprävention beschränkt sich inhaltlich nicht nur auf die Prävention von sexualisierter Gewalt. Die Themen haben sich in den vergangenen Jahren weiter entwickelt, teilweise wiederholen sie sich auch in neuem Gewand. In 2015 wurde die Veranstaltung zum Thema „Integration von jungen Geflüchteten“ besonders gut besucht. Weitere Themen der letzten Treffen waren zum Beispiel Salafismus, Interkulturelles Lernen, Schutzkonzepte, Traumatisierungen von Kindern und Jugendlichen sowie Hate Speech – Hass im Netz.

Viermal im Jahr trifft man sich an einem zentralen Ort in NRW, momentan in Dortmund. In der Regel hält eine Referentin oder

ein Referent einen Vortrag, anschließend gibt es die Möglichkeit für Fragen und auch einen internen Austausch. Und das alles bei netter Atmosphäre mit einem kleinen Imbiss.

Wir möchten herzlich einladen, an den Treffen des Runden Tisches für Gewaltprävention im Jugendverband teilzunehmen. Wo kann man sonst schon auf so unkomplizierte Art und Weise einen Fachvortrag und kollegialen Austausch bekommen?! Der Runde Tisch bietet die Möglichkeit, in einer Halbtagsveranstaltung einen Einblick in ein interessantes Präventionsthema zu bekommen.

Gut besuchter Stand beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf



Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen war mit einem Infostand auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag vom 28.-30.03.2017 in Düsseldorf vertreten. Wir durften viele Besucherinnen und

Besucher bei uns begrüßen, die sich einen Überblick über unsere Arbeit und Veröffentlichungen verschafft haben. Und direkt vor unserer Stellfläche wurde der Kinder- und Jugendhilfetag offiziell durch die Jugendministerin Christina Kampmann eröffnet!

Friederike Bartmann an Bord



Seit Mitte März ist Friederike Bartmann als Elternzeitvertretung für Petra Steeger bei der LAG an Bord. Als pädagogische Referentin ist sie verantwortlich für die Bereiche Cybermobbingprävention und Suchtprävention sowie für Publikationen und die neue Flyerreihe „Wissen to go“. Friederike übernimmt die Außenvertretung in diversen Gremien und kann für Workshops und Fachtage

aus den o. g. Bereichen angefragt werden.

Zuvor war Friederike sieben Jahre bei der Katholischen Studierenden Jugend als Bildungsreferentin tätig. Zu erreichen ist Friederike Bartmann unter 0251-54027 oder unter friederike.bartmann@thema-jugend.de

Medienerziehung ist eine Aufgabe... und was für eine!

Basistag am 31. Mai zum Thema Medien

Der Basistag ist eine jährliche Veranstaltung der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V. und dem Evangelischen Arbeitskreis Kinder- und Jugendschutz NRW. Beim diesjährigen Basistag wurde die mediale Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen in den Blick genommen. Rund 80 Fachkräfte aus den Bereichen Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit aus ganz NRW nahmen teil.

In zwei Fachvorträgen am Morgen gab es eine Einführung in die Medienwelten und die JIM-Jugendstudie, sowie einen Vortrag zum Thema Haltung als Fundament. Außerdem berichteten zwei Medienscouts über ihre tägliche Arbeit an der Schule. Am Nachmittag ging es ganz praxisnah in fünf Workshops um Themen rund um Smartphones, Rechte, Fakt/ Fake, Cyber-Mobbing und Digitalisierung. Der Basistag wurde mit einem kabarettistischen Resümee abgeschlossen.

Prävention – ein dauerhafter Lernprozess

Dazu wurden und werden an den Schulen in Trägerschaft des Erzbistums Schutzkonzepte durch sogenannte Nähe- und Distanz-Gruppen erarbeitet. An drei Pilot-Schulen aus unterschiedlichen Schulformen – dem St.-Franziskus-Berufskolleg Hamm, der Realschule St. Michael Paderborn und dem Gymnasium St. Ursula Attendorn – wurde diese Entwicklung initiiert. Eine Arbeitsgruppe des Instituts für Erziehungswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster rund um Juniorprofessor Dr. Martin Wazlawik hat den Prozess wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. In einem Pressegespräch präsentierte das Erzbistum die Ergebnisse. Gesa Bertels diskutierte die Ergebnisse aus der Perspektive des Kinder- und Jugendschutzes. Fazit: Prävention ist ein dauerhafter Lernprozess.

THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon 0251 54027
Telefax 0251 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de



Redaktion:

Dr. Sara Remke

Bildrechte:

Seite 3: Robert Kneschke, fotolia.com
Seite 6: Stillfx, fotolia.com
Seite 16: Jonathan Stutz, fotolia.com
Seite 17: Thomas Reimer, fotolia.com
Seite 18: Nelos, fotolia.com
Titel und Seite 7, 9: Petra Steeger

Redaktionsbeirat:

Iris Altheide, Sozialarbeiterin beim Auswärtigen Amt, Gesundheitsdienst, Psychosoziale Beratung, Berlin
Dr. Eva Bolay, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Münster
Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Aachen
Wilhelm Heidemann, Fachlehrer am August-Vetter-Berufskolleg, Bocholt
Karla Reinbacher-Richter, stellv. Schulleiterin a. D., Recklinghausen
Gerd Terbrack, Jugendamt Warendorf

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
Kiesekampweg 2, 48157 Münster
Telefon 0251 986218-0

Bezugspreis:

Einzelpreis 2,- €
Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierhinweis:

Nachname, Vorname (Jahr): Titel des Beitrags.
In: THEMA JUGEND. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung.
Ausgabe 2/2017. Seitenangabe

ISSN 0935-8935

THEMA JUGEND wird auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.



NÄCHSTE GEPLANTE THEMEN:

3/2017 Medien
4/2017 Institutionelle Ganztagsbetreuung

■ ■ ■ ■ ■ NACHRICHTEN

■ Das Bundeskabinett hat den von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig vorgelegten Gesetzentwurf zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen beschlossen. **„Starke Kinder und Jugendliche brauchen starke Rechte“**, erklärte Schwesig, „wir müssen alles dafür tun, dass Kinder geschützt und sicher aufwachsen können.“ Mit dem Gesetzentwurf werden wichtige Ziele des Koalitionsvertrages sowie der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes und des Gesamtkonzepts für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt umgesetzt.

Konkret wird die Wirksamkeit von Instrumenten und Maßnahmen im Kinderschutz verbessert. Kinder und Jugendliche in Einrichtungen werden durch eine wirkungsvollere Heimaufsicht besser geschützt; Schutzlücken in Jugendclubs und Jugendfreizeithäusern geschlossen.

Das Gesetz verbessert die Lebenssituation von Pflegekindern durch mehr Sicherheit, Stabilität und Kontinuität. Für jedes Kind bedeutet Trennungsangst emotionalen Stress. Gerade Pflegekinder, die meist hoch belastet in einer Pflegefamilie untergebracht werden, sind aber einem hohen Risiko von Beziehungsabbrüchen, Bindungsverlusten und Brüchen im Lebenslauf ausgesetzt.

Die Inklusion und die gleichberechtigte Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen werden zukünftig als Leitprinzip der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Konkret wird die inklusive Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kitas weiterentwickelt. Neu geschaffen wird eine Regelung zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften. Schutz ist demnach gegen alle Formen der Gewalt sicherzustellen. Ferner erhalten die Länder Steuerungsmöglichkeiten zur Finanzierung von Maßnahmen und Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen.

– Bundesjugendministerium –

■ Unter dem Titel **„Kinderarmut und Reichtum in Deutschland“** haben die Rosa Luxemburg Stiftung, das Netzwerk gegen Kinderarmut und die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linken eine aktuelle Studie vorgelegt, die an der Hochschule Magdeburg-Stendal erarbeitet wurde. Das 60 Seiten umfassende Papier betrifft u. a. diese Feststellung: „Kinderarmut bedeutet in Deutschland Armut in einem der reichsten Länder dieser Erde. Es geht weniger um absolutes Elend und Verhungern, sondern um Entbehrungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen im Verhältnis zum durchschnittlichen gesellschaftlichen Lebensstandard.“

– jpd –

■ Die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die allein als Flüchtling oder Migranten unterwegs sind, hat sich nach Mitteilung des Kinderhilfswerkes UNICEF weltweit seit 2010 verdreifacht. Wörtlich: „Allein in den vergangenen beiden Jahren wurden in 80 Ländern etwa 300.000 unbegleitete und von ihren Eltern getrennte Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren registriert; 2010 und 2011 waren es nur 66.000 Kinder.“

Der aktuelle Bericht von UNICEF weist auch darauf hin, dass immer **mehr minderjährige Flüchtlinge und Migranten auf extrem gefährliche Routen** ausweichen. Da es „kaum legale Möglichkeiten gibt, um Landesgrenzen zu überqueren“, seien sie auf Hilfe von Schleusern und Menschenhändlern angewiesen. Der Bericht unterstreicht „die dringende Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und Maßnahmen, um diese Kinder und Jugendlichen vor Ausbeutung, Missbrauch und dem Tod zu bewahren.“

– jpd –

■ Das Bundeskabinett hat den von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Katarina Barley, vorgelegten „Bericht über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur **Extremismusprävention**“ beschlossen. Der Bericht zeigt, wie sich die Arbeit auf dem Gebiet der Extremismusprävention im Laufe der Legislaturperiode entwickelt hat und beschreibt die abgeschlossenen und laufenden Förderprogramme unterschiedlicher Ressorts der Bundesregierung. Deutlich wird, wie wichtig neben der Arbeit von Polizei und Justiz die Prävention gegen alle Formen des Extremismus geworden ist.

Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley erklärt dazu: „Wir dürfen nicht warten, bis sich junge Menschen radikalisiert haben. Denn dann ist es zu spät. Wir müssen frühzeitig ansetzen und flächendeckend handeln. Präventionsarbeit muss vor allem an den Orten geschehen, wo junge Menschen besonders gefährdet sind: auf den Schulhöfen und im Netz, aber auch beispielsweise in den Gefängnissen.“

– bmfjsf –

Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
erscheint Mitte September 2017
zu „Medien“